

GENF 2050



**GENF 2050:
FORESIGHT UND
UMSETZUNG**

BAND 2

OKTOBER 2022



REPUBLIQUE
ET CANTON
DE GENÈVE

POST TENEBRAS LUX

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Regierungsrates	3
Genf 2050 – Das Vorgehen	4
Die Dynamik der Prozesses	6
AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN	8
Krisenfolgen – neue Herausforderungen	10
Die Lehren aus der Coronakrise	14
Handlungsansätze für die ökologische Transformation	16
Fragen einer nachhaltigen Digitalpolitik	18
Welche Gesundheit für 2050 ?	20
Das Altern der Bevölkerung	22
Wohnen neu gemischt	24
Mobilität	26
Konsumverhalten ändern	28
Allmenden und Beitragswirtschaft	30
Enger mit dem internationalen Genf zusammenarbeiten	32
PERSPEKTIVEN	34
Die Zukunft wie die Jugend sie sieht	36
Indikatoren	38
Ausblick	40
Dank	43

Vorwort des Regierungsrates

Genf 2050 – eine vielversprechende erste Etappe

Staatliches Handeln von heute so verstehen und gestalten, dass Fragen und Veränderungen von morgen mit einfließen: Das ist das Ziel des Prozesses der strategischen Voraussicht (Foresight), den der Kanton Genf mit «Genf 2050» in das Programm der laufenden Legislaturperiode aufgenommen hat.

Damit hat sich der Staat unter anderem verpflichtet, einen breiteren, offeneren Dialog mit der Bevölkerung und mit den Akteuren aus den verschiedenen Themenfeldern aufzunehmen.

Die vorliegende Zwischenbilanz schliesst an den ersten Bericht aus dem Jahr 2020 an und markiert eine erste, vielversprechende Etappe in diesem innovativen Prozess. Ein erstes erfreuliches Ergebnis ist die gelungene Integration des zukunftsorientierten Foresight-Prozesses auf der Ebene des Staates. Der vor zwei Jahren vorgelegte Bericht war nur der Anstoss zu einer Herangehensweise, die auf Dauer angelegt sein muss.

Es geht nicht nur darum, staatliches Handeln neu zu denken, sondern es in einem sich ständig wandelnden Umfeld weiter zu entwickeln. Der Bericht zeigt auf, wie die Genfer Zukunftskommission (Commission de prospective), in der alle kantonalen Direktionen vertreten sind, ihre Arbeit an einer Reihe von Themen vorangebracht hat, zum Teil auch mit externen Experten.

Anschliessend hat es der Staat verstanden, sich in die grossen Trends hineinzudenken, die unsere Gesellschaften zunehmend prägen werden – ökologischer und technologischer Wandel, neue wirtschaftliche und soziale Chancen und Gefährdungen. Es wurden solide Grundlagen für einen Dialog gelegt. Ein Dialog, der immer konkret und lösungsorientiert geblieben ist, was die gemeinsamen Überlegungen sinnvoll bereichert hat.

Was «Genf 2050» nicht eingeplant hatte, sich aber ungebeten und unübersehbar in den Prozess gedrängt hat, sind die zwei grossen Krisen seit 2019: Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine. Abgesehen von den dramatischen Folgen für die direkt betroffenen Menschen und Gesellschaften haben diese Krisen binnen weniger Monate die Illusion einer relativ stabilen Situation in Europa weitgehend zerschlagen.

Es hat sich damit auch die Gleichung und die Herausforderung geändert – heute gilt es, eine ungewissere Gegenwart einer weniger vorhersehbaren Zukunft gegenüberzustellen.

Nachdem der Kanton Genf diese erste Stufe seiner Zukunftsplanung erfolgreich genommen hat, muss der Prozess nun fortgeschrieben und in einigen Aspekten gestärkt werden: Der Blick soll weiter in die Zukunft reichen und dafür die eine oder andere heutige Gewissheit infrage stellen, das Netz der Partner muss über die öffentlichen und akademischen Kreise hinaus erweitert, und es müssen die Folgen der soziodemografischen Umwälzungen und der Klimakrise vermehrt eingepreist werden.

Zum Ende dieser Legislaturperiode legen wir diesen ersten Ergebnisbericht des Foresight-Prozesses daher auch mit Blick auf die Stabübergabe an den nächsten Regierungsrat vor, in der Hoffnung, dass die angestossene Dynamik den Staat langfristig bewegt und in die Pflicht nimmt.

Der Regierungsrat



Das Vorgehen

Wie werden wir im Jahr 2050 in Genf leben? In was für Wohnungen? Wie «smart» werden unsere Grossstädte dann sein? Wie werden wir arbeiten, wie uns fortbewegen? Wie kommunizieren, wie unsere Kinder aufziehen?

Wie seht Ihr die Welt im Jahr 2050?

Weit blicken, hier handeln: Gleich zu Beginn der Legislaturperiode 2018-2023 betonte der Regierungsrat die Notwendigkeit, fernere Zeithorizonte, die aufgrund der rasanten gesellschaftlichen Umbrüche schwer zu beherrschen sind, besser zu erfassen. So wurde ein innovativer Prozess der strategischen Vorausschau (Foresight) angestossen, ausgehend von einer breit abgestützten Befragung. Ein Ansatz, der vielfältige Perspektiven eröffnet, nahe an den gesellschaftlichen Entwicklungen bleibt und so die stattfindenden, tiefgreifenden Umwälzungen begleiten soll.

Dieses durch seinen Zeithorizont und die Themenbreite einmalige und in der Schweiz noch wenig praktizierte Vorgehen weckt Hoffnung auf vielfache Veränderung. Durch die Einbindung und Partizipation der Bevölkerung, der Partner aus den Institutionen sowie aus Lehre und Forschung wollte der Regierungsrat einen innovativen, fachübergreifenden Blick in den Dienst der Raumentwicklung stellen.

Grundlagen und Nutzen von Foresight für das staatliche Handeln

In einem zunehmend komplexen und ungewissen Umfeld interessieren sich immer mehr Gebietskörperschaften für das Potential von Zukunftsszenarien. Worum geht es ihnen dabei? «Das Handeln von heute ins Licht möglicher und wünschenswerter

Zukünfte zu stellen», um Entscheidungen zu treffen, die in die Zukunft hinein wirken.

Solche Foresight-Prozesse überspannen die verschiedenen politischen Handlungsfelder und ergänzen diese gleichzeitig; sie fordern dazu auf

- **in die Ferne zu sehen**, um die langfristigen Dynamiken gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer, technologischer und weiterer Systeme zu erkennen
- **in die Breite zu sehen**, um zu verstehen, in welchem Umfeld staatliches Handeln stattfindet, und um auch schon schwache Vorzeichen möglicher Umbrüche zu erkennen
- **gemeinsam zu sehen**, um gemeinsame Orientierungspunkte für die möglichen Zukünfte zu setzen, und die Überlegungen durch die Vielfalt der Perspektiven und der Fachrichtungen zu bereichern.

Raumplanung und -gestaltung sowie die Entwicklung von Infrastrukturen im Kanton Genf erfolgen grundsätzlich im Rahmen des kantonalen Richtplans, derzeit also mit einem Zeithorizont 2030. Gemäss den Vorgaben des Bundes werden Infrastrukturbauten im Verkehrsbereich schon heute, da der kantonale Richtplan in die Revision geht, weit über 2040 hinaus geplant. Auch aus diesem Grund wollte der Regierungsrat die Planungsmethoden auf den Prüfstand stellen, um die Bedarfe des Kantons in die zukünftigen Sachpläne des Bundes einfliessen zu lassen und so über die nötigen Mittel zu verfügen, die es erlauben werden, die Entwicklung des Kantons mit dem Zeithorizont 2050 anzugehen.

Die öffentliche Befragung

In einer breit abgestützten Befragung wurden 2019 und 2020 fünfzehn Themen-Workshops mit Spezialist:innen und der Bevölkerung organisiert. Fast fünftausend Personen beantworteten einen Online-Fragebogen. Ein leicht angepasster Fragebogen wurde ausserdem rund tausend Schüler:innen vorgelegt. Im November 2020 publizierte der Regierungsrat eine Zusammenfassung dieser umfassenden partizipativen Befragung. Eine detaillierte Analyse sowie der genaue Inhalt der Befragung ist auf der Website 2050.ge.ch zu finden.

Um die geleistete Arbeit aufzuwerten, wird für jede Sitzung der Zukunftskommission eine Follow-up Notiz (*note de veille*) verfasst, die die laufenden Arbeiten nach drei Rubriken zusammenfasst: Schlüsselemente, Trends und Vorschläge.

Fortsetzung folgt: Umsetzung

Nach der Vorlage des Ergebnisberichts zur Befragung GE2050 im November 2020 setzte die kantonale Zukunftskommission ihre Arbeit mit besonderem Blick auf die folgenden Stossrichtungen fort: vorausschauendes Aktualisieren der kantonalen Strategien; Analyse der Krisenfolgen im Rahmen eines «Stress Test»; Definition von Massnahmen, die eine Hebelwirkung für Verhaltensänderungen haben können; die Auswirkungen des ökologischen und digitalen Wandels auf die Politik; Bestandsaufnahme und Analyse bestehender Querschnittsinitiativen und -planungen.

Auch die Jugend wird weiterhin einbezogen, 2022 beispielsweise im Rahmen eines spezifischen Workshops in Partnerschaft zwischen dem Erziehungsdepartement (DIP) und dem Jugendrat. Die mit den internationalen Institutionen in Genf aufgelegte Zusammenarbeit zu Themen wie der Zukunft von Beschäftigung, Bildung und Digitalisierung, wird fortgesetzt. Eine mit der UNESCO 2021 eingegangene Partnerschaft soll in einen «Internationalen Tag der Zukünfte» münden.

Bemerkenswert ist, dass Genf als erster Schweizer Kanton der Organisation *Futuribles International* beigetreten ist. Diese Mitgliedschaft öffnet den Zugang zu einem üppigen Fundus an internationalen Veröffentlichungen, zu einem Netz von Experten, zu Austauschtagungen und Schulungen, bei denen sich die Angehörigen der Verwaltung die Werkzeuge und Methoden der Zukunftsforschung aneignen können.

2018

2019

2020

2021

2022



Juni 2018

- der Regierungsrat verabschiedet den ersten Bericht GENF 2050
- Erwähnung des Foresight-Prozesses in der feierlichen Eröffnungsrede zur Legislaturperiode 2018-2023 (discours de Saint-Pierre)
- Einrichtung einer Zukunftskommission

März-Oktober 2019

- Workshops
- Online-Befragung
- Schüler:innenbefragung (Monat der Teilnahme)

November 2020

Veröffentlichung des zweiten Berichts des Regierungsrates

2021 – 2022

- Fortsetzung der Arbeiten :
- Zukunftskommission
 - Arbeit mit den internationalen Organisationen
 - Jugendrat
 - Partnerschaft mit der UNESCO
 - Mitgliedschaft bei FUTURIBLES international

September 2022

Veröffentlichung des dritten Berichts des Regierungsrates

2023-2028

Fortsetzung der Arbeiten
Nächste Legislaturperiode

Die Dynamik des Prozesses

Auftrag der Zukunftskommission

Die Kommission setzt sich aus Vertretern aller Direktionen zusammen. Sie prüft und gewährleistet die Übereinstimmung von Planungsunterlagen mit dem Foresight-Prozess. So können die Grundlagen künftiger Programmierungen vorausschauend gedacht und vorbereitet werden.

Die Arbeiten der Zukunftskommission sind an drei Achsen ausgerichtet: «**Verwaltung**», «**Partizipation**» und «**neue Themenfelder**». Unter dem Stichwort «Verwaltung» gilt es, die Kultur der zukunftsorientierten Vorausschau in den Dienststellen des Staates zu verankern, die directionsübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und die Grundlagen für zukünftige Programmansätze vorzubereiten. Bei «Partizipation» ist das Ziel eine Förderung des Foresight-Prozesses in Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um eine gemeinsame Zukunftsvision zu festigen. Die Kommission befasst sich auch mit neuen und mit bereichsspezifischen Fragen, um das politische Handeln zu beleuchten und in Partnerschaft mit Experten aus einzelnen Fachbereichen sowie aus Lehre und Forschung Synergien zu gewinnen. Auf einer Achse «neue Themenfelder» werden schliesslich Pilotprojekte definiert.

«Genf 2050» setzt sich damit zum Ziel, die bestehenden directionsinternen oder -übergreifenden Initiativen durch Gefässe und Instrumente zu ergänzen, die sowohl übergeordnet als auch unterstützend angelegt sein können. Die Arbeiten des Prozesses sollen schliesslich in die Strategien und in die laufende Verwaltungstätigkeit einfließen.

Die Herausforderungen der Zukunft für den Genfer Raum vorausschauend erkennen, um die Planungsmethoden zu verbessern

Die Prioritäten, die sich aus der Befragung Genf 2050 ergeben, die neuen Verpflichtungen, die der Kanton insbesondere mit dem kantonalen Klimaplan 2030 eingegangen ist, aber auch die internationalen Ereignisse, deren Folgen auch Genf zu spüren bekommt, lassen neue Herausforderungen für die Zukunft erkennen.

Der Erhalt der natürlichen Ressourcen, die Gesundheit und Lebensqualität der Einwohner, die Entwicklung der lokalen Wirtschaftstätigkeit – all diese Herausforderungen müssen vorausschauend erkannt werden, ganz besonders bei der Aktualisierung der strategischen Planungen des Kantons.

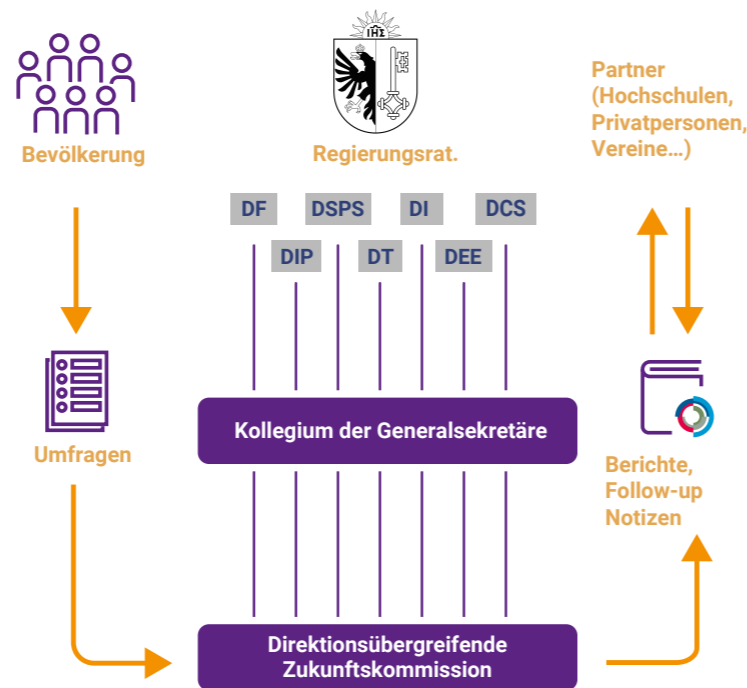
Eine gemeinsame Vorstellung für ressortübergreifende Prozesse

Es sind also die von **Genf 2050 benannten Themen mit den kantonalen Strategien und Aktionsplänen zu verknüpfen**, über welche diese Themen vor Ort umgesetzt werden.

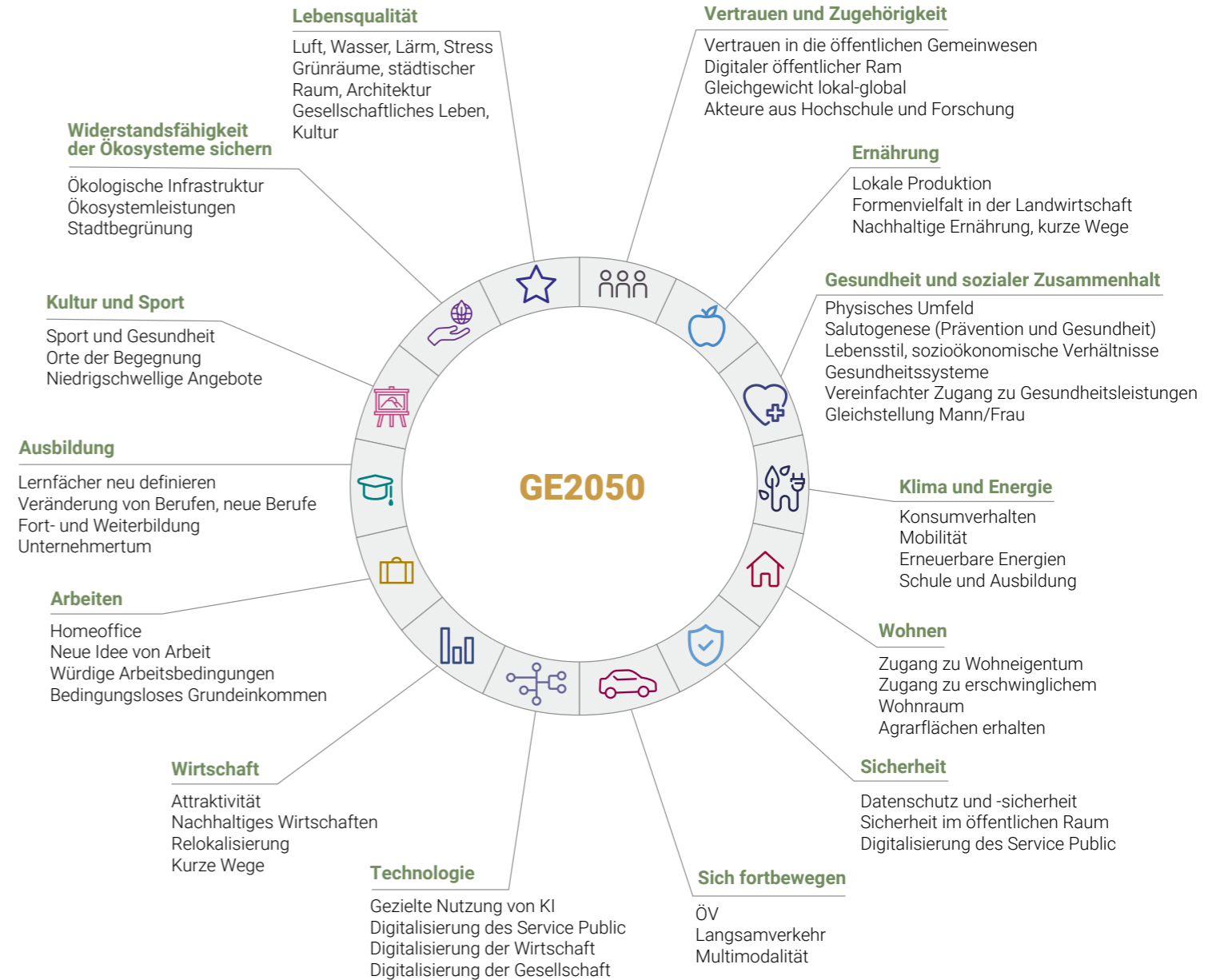
Auf Seite 7 sind die Themen von Genf 2050 als Rundumpanorama dargestellt. Es kann als Diskussionsgrundlage dienen, um **Synergien zwischen sektoriellen Politiken** bei Themen zu fördern, die für die Zukunft des Kantons als entscheidend erkannt wurden (Achse «Verwaltung»), um die **gemeinsame Nutzung und Koordination von Prozessen zu stützen, bei denen die Bevölkerung einbezogen wird** (Achse «Partizipation»), und um neu entstehende Fragestellungen zu erkennen, die im Rahmen des Prozesses Genf 2050 ausgeleuchtet werden sollen (Achse «neue Themenfelder»).

Koordiniertes politisches Handeln fördern

Ziel ist es ausserdem, im Denkprozess schon vorab Koordinationsvorteile zu erkennen, den Zusammenhang zwischen Strategie und zukunftsrelevanten Fragen besser zu verorten, Synergien oder allfälligen Abstimmungsbedarf mit anderen Strategien oder Direktionen auszumachen, auch das Koordinationspotential bei Prozessen mit Bürgerbeteiligung zu benennen usw. Damit wird Genf 2050 zum Instrument der politischen Planung für die öffentliche Hand.



Die grossen Themen



Die aus der Umfrage 2019 hervorgegangenen Themenfelder wurden mit Blick auf die Ziele des ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Übergangs für den Raum Genf vertieft.

Das Themenpanorama wird im Lichte sich neu abzeichnender Fragen laufend anzupassen sein.



**AKTUELLE UND KÜNFTIGE
HERAUSFORDERUNGEN
BEOBACHTEN**



Zwei schwere Krisen haben die Welt binnen kurzer Zeit erschüttert. Die Coronakrise und der Krieg in der Ukraine überlagern sich und führen weltweit zu tiefgreifenden Verwerfungen. Während die Pandemie unsere Lebensweise in vielerlei Hinsicht verändert hat, stellt der Krieg in der Ukraine nicht nur die Frage nach der territorialen Souveränität in Europa, sondern steht auch für einen Wertekonflikt und eine potentielle Neuaufstellung der Weltordnung. Damit beeinflussen diese Krisen unbestreitbar die «Megatrends» der vergangenen Jahrzehnte und haben auch Folgen für den Kanton Genf

In einer Analyse haben die folgenden Autoren die Auswirkungen dieser Ereignisse für den Genfer Raum kontextualisiert: Dr. Jean-Marc Rickli, Head of Global and Emerging Risks des Geneva Center for Security Policy (GCSP), in Zusammenarbeit mit Projektleiter Federico Mantelassi und Trainee Valentin Julliard.

1. Globalisierung und Multilateralismus

Der Krieg in der Ukraine beeinflusst die Globalisierung in vielerlei Hinsicht. Erstens bringt er die Anfälligkeit der weltweiten Lieferketten und der «just-in-time» Produktion, die schon durch die Coronakrise offenbar wurde, weiter ans Licht. Russland und die Ukraine stehen zusammen für 28% der weltweiten Getreideproduktion und -verkäufe¹. Infolge des Krieges, der die ukrainischen Felder verwüstet, der russischen Blockade ukrainischer Häfen und der Sanktionen gegen Russland ist ein Grossteil der weltweiten Versorgung mit Getreide gestört. Wo die Ukraine vor dem Krieg jeden Monat 5,5 Millionen Tonnen Getreide exportierte, waren es im April 2022 nur noch ein Fünftel davon². Viele Länder hängen von diesen Importen ab, verfügen kaum über alternative Lieferquellen und nur bescheidene Vorräte, sodass sie von Ernährungsunsicherheit bedroht sind. Hunderte Millionen Menschen sind betroffen. 50 Länder sind für mehr als 30% ihrer Weizenimporte von Russland und/oder der Ukraine abhängig, 26 Länder sogar für 50%³. Zudem beschleunigt der Krieg eine Tendenz zur «Entglobalisierung», d.h. die Bestrebungen von Staaten, die Folgen geopolitischer Ereignisse abzufedern, indem sie sich gegen

mögliche Sanktionen wappnen oder sich anderweitig vor den Folgen weltwirtschaftlicher Verwerfungen schützen, beispielsweise mit protektionistischen

Lokale Folgen

Eine Schwächung des Multilateralismus könnte für die Schweiz und für das internationale Genf kaum folgenlos bleiben. Die Schweizer Aussenpolitik beruht auf einem funktionierenden Multilateralismus, und angesichts einer neu entstehenden Logik der Blöcke wird der Sinn der Neutralität im In- und Ausland zunehmend in Frage gestellt. Dazu kommt, dass Genf infolge der Pandemie als Ort internationaler Begegnung schon an Bedeutung verloren hat; der Krieg und die darin bisher bescheidene diplomatische Rolle der Stadt zeigen, dass ihr zunehmend Konkurrenz erwächst in Städten (Ankara, Tel Aviv, Paris), die Genfs Status als Drehscheibe des diplomatischen Dialogs und der Konfliktlösung in Frage stellen.

Massnahmen (s. Indien)⁴. Derartige Rückzüge fördern die Neubildung von geopolitischen «Blöcke», innerhalb derer sich Länder zusammenschliessen, die sich aber nach aussen von anderen Blöcken absetzen⁵. Mit dem gleichzeitigen Erstarken des Nationalismus (in vielen autoritär regierten Ländern, aber auch in gewissen Demokratien) kann dies dazu führen, dass die Globalisierung, wie sie sich seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt hat, in Frage gestellt wird, bei wachsender Fragmentierung und

Skepsis gegenüber einer multilateralen Regulierung. Der Krieg in der Ukraine zeigt die Grenzen des internationalen Multilateralismus bei der Krisenbewältigung, vor allem des Systems der Vereinten Nationen, in aller Schärfe auf.

2. Der Klimawandel

Der Krieg könnte auch für die Klimapolitik weitreichende Konsequenzen haben, vor allem indem er den Umstieg auf grüne Energieträger begünstigen und die Energiewende in der EU beschleunigen könnte. Heute liefern Erdöl und Gas 58% der Energie in der EU. 41,1% des Gases und 26% der Erdöls kommen aus Russland, das damit der grösste Energielieferant der EU ist⁶. Diese Abhängigkeit verleiht Russland einen strategischen Vorteil, und es setzt die Energieströme für seine Interessen ein. Um ihre Abhängigkeit zu verringern, hat sich die EU auf ein Embargo gegen russisches Erdöl verständigt, das ihre Importe bis Ende 2022 um 90% senken soll⁷. Mit dem Projekt «RePower EU» will die Union diesen Prozess der grösseren Unabhängigkeit von russischer Energie bis 2027 zusätzlich beschleunigen. Die Kommission hat vorgeschlagen, die schon vor dem Krieg eingeplanten 225 Milliarden Euro für dessen Finanzierung auf 300 Milliarden aufzustocken. Ausserdem weist sie darauf hin, dass weitere 210 Milliarden Euro nötig sein werden, um die Ziele des Plans bis 2027 zu erreichen; Bisher konnten die Mitgliedstaaten sich nicht auf die Bereitstellung der zusätzlichen Gelder verständigen⁸. Ausserdem könnte das Streben nach Energieunabhängigkeit von Russland kurzfristig den Kampf gegen die Klimaerwärmung bremsen: Die EU-Länder wenden sich Alternativen zu, die weniger sauber sind als das russische Gas, namentlich amerikanischem Schiefergas, das in Produktion und Transport umweltschädlicher ist⁹. Auch die Kohle, die ähnliche Infrastrukturen nutzt wie Gas und dieses deshalb schnell ersetzen kann, könnte eine schmutzige aber sofort nutzbare Alternative sein¹⁰. Der Rückzug

Lokale Folgen

Zwar führt die Schweiz nicht viel russische Energie ein, doch ist sie sehr abhängig von fossilen Energieimporten (80% des Energieverbrauchs¹³) und den Preisschwankungen entsprechend ausgeliefert. Ein Anstieg der Energiekosten hätte für Kanton und Stadt Genf insofern Folgen, als er den Kreis der von Energiearmut bedrohten Personen vergrössern würde. Was sich nicht nur auf die städtische Entwicklung auswirken, sondern auch zu sozialen Spannungen führen könnte, ähnlich wie in einigen Nachbarländern (s. Gelbwesten in Frankreich). Der Krieg in der Ukraine könnte die Schweiz dazu drängen, die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Dabei könnte der auf lokale und erneuerbare Energien fokussierte Richtplan Energie der Kantons Genf zum Tragen kommen¹⁴. Die kumulierten Effekte der Klimaverwerfungen und der jüngsten Krisen zeigen, wie wichtig eine lokal verankerte Energie- und Nahrungsmittelpolitik ist und zunehmend sein wird. Genf und die Schweiz sind da keine Ausnahme.

in geopolitische Blöcke könnte auch die Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten beeinträchtigen und damit die Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel zurückwerfen¹¹. Und schliesslich könnten Regierungen angesichts der

Nahrungsmittelknappheit versucht sein, Umweltvorschriften zu lockern, um die Produktion zu steigern und ihre Bevölkerung angemessen zu versorgen¹².

3. Digitalisierung

Auch abgesehen von den Wirtschaftssanktionen gegen Russland spielen Tech-Unternehmen im Krieg gegen die Ukraine eine gewichtige Rolle. Die Verwendung von Starlink-Satelliten durch die ukrainische Armee ist dabei nur das bekannteste Beispiel¹⁵. Mit ihren allgegenwärtigen Produkten werden multinationale Technologiekonzerne wie Meta oder Google zu vollwertigen Akteuren in Konflikten und geopolitischen Auseinandersetzungen. In ihrer Rolle als Moderatoren von Online-Inhalten sind sie am «Informationskrieg», der im Konflikt in der Ukraine eine ganz entscheidende Rolle spielt, direkt beteiligt. Ob unter dem Druck der Sanktionen oder aus eigenem Antrieb, die Tech-Unternehmen sind immer stärker auf definierte Räume begrenzt: den Westen (mehrheitlich US-amerikanisch), Russland oder China. Ein schon seit einigen Jahren erkennbares Phänomen, das vom Krieg noch verstärkt wird, nachdem fast 1000 Unternehmen ihre Tätigkeit in Russland eingestellt oder reduziert haben, darunter die meisten westlichen Technologiefirmen¹⁶. Damit kommt es zu einer technologischen Entkopplung entlang den Trennlinien zwischen den Supermächten, und zur Herausbildung zunehmend abgeschotteter Informationsräume; im Zuge des Kriegs in der Ukraine hat der Informationskrieg eine

neue Dimension angenommen; im Westen wie in Russland wurden neue Instrumente geschaffen, die die Abschottung von Informationen im den digitalen Räumen noch verstärken. So hat die Europäische Union eine offizielle Stellungnahme zur Frage der Desinformation abgegeben und zwei von Russland unterstützte Nachrichtensender verboten¹⁷. Russland hat seinerseits ein Anti-Desinformationsgesetz erlassen, das eine bessere Kontrolle über die Inhalte im Internet ermöglicht, und hat den Zugang zu sozialen Netzwerken wie Meta (ehemals Facebook) und Instagram eingeschränkt¹⁸.

Die Coronakrise hat die Digitalisierung beschleunigt und die digitale Abhängigkeit unserer Gesellschaft signifikant erhöht. Für Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen wurde massiv Homeoffice eingesetzt, in manchen Ländern nahm die Nutzung des Internets um 60% zu. Der Krieg in der Ukraine und die vielen damit einhergehenden Cyberangriffe werfen ein Schlaglicht auf die Exponiertheit dieser neuen Räume, die binnen kurzer Zeit massiv an Bedeutung gewonnen haben²⁰. Um diese aus der verstärkten digitalen Abhängigkeit entstandene Verwundbarkeit zu reduzieren, versuchen einige Akteure, die Sicherheit zu verbessern: So hat die Europäische Union in ihren jüngsten verteidigungspolitischen Verlautbarungen, namentlich in ihrem gleich zu Kriegsbeginn definierten «Strategischen Kompass», den Cyberspace zur Priorität erklärt²¹. Ähnliche Initiativen, die der Krieg



Lokale Folgen

Daraus resultieren Diskussionen, die auch die Frage nach der internationalen Wahrnehmung der Schweizer Neutralität stellen und damit das Image Genfs als Drehscheibe der internationalen Diplomatie tangieren. Auch die durch Corona beschleunigte Verbreitung des Homeoffice könnte sich auf die Stadtentwicklung und damit auf die Mobilität der Arbeitnehmer und deren CO₂-Fussabdruck auswirken. Im Vergleich zum klassischen Arbeitnehmer legt ein Angestellter im Homeoffice täglich 71% weniger Strecke zurück und hinterlässt einen um 71% niedrigeren CO₂-Fussabdruck. Innerhalb einer Woche sind es bei Betrachtung der Gesamtmobilität noch 9% weniger Strecke und ein um 24% reduzierter CO₂-Fussabdruck²³.

ganz oben auf die verteidigungspolitische Tagesordnung gehievt hat, sind zu erwarten. Auch die Schweiz schickt sich an, ihre Cyberabwehr auszubauen. Im April 2022 nahm sie an einer NATO-Übung zur Cyberverteidigung in Estland teil²². Da in diesem Bereich Kooperation erforderlich ist, ist auch eine Stärkung der Beziehungen zur NATO nicht auszuschliessen und sogar zu einem Politikum geworden.

4. Individualisierung

Die Globalisierung hat Folgen für die Identität, und kann zum Rückzug auf kleinräumige Gemeinschaften führen²⁴. Schon die Coronakrise hat die zunehmende Polarisierung der westlichen Gesellschaften in einer Reihe von Fragen aufgezeigt. Davon zeugt das Vordringen der Extreme in Europa, namentlich der extremen Rechten, wie in Ungarn, wo die Regierungspartei 2022 mit 53,35 % der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis einfuhr, oder in Frankreich, wo das Rassemblement National bislang unerreichte 41,46% einheimste²⁵. Die Beispiele sind Ausdruck eines gesamteuropäischen Trends. Auch die radikale Linke hat in einigen europäischen Ländern Rückenwind, namentlich in Frankreich mit der

France Insoumise²⁶. Der Krieg in der Ukraine kann auch als ein Kristallisationspunkt für identitäre Spannungen angesichts der Globalisierung gesehen werden, als Verstärker nationalistischer und separatistischer Absetzungsbewegungen, vor allem in Europa. Das zeigt das Anwachsen identitärer und nationalistischer Gruppierungen gerade in Osteuropa und in Staaten wie Russland, wo eine nationalistische Politik die westliche Weltordnung an den Pranger stellt. Allerdings zeigt der Krieg in der Ukraine auch, dass massive Hilfe über nationale Grenzen hinweg geleistet wird, durch Staaten und durch die Bevölkerung, im Namen westlicher Werte²⁷.

Angesichts der verschärften Spannungen zwischen dem Westen und autoritären Regimes ist nicht ausgeschlossen, dass die parallelen Phänomene einer verstärkten Individualisierung und einer identitätsbestimmten Gruppenbildung einhergehen mit der schon erwähnten Blockideologie²⁸.

Lokale Folgen

In der Schweiz, und gerade in Genf, wurde wiederholt für die Unterstützung der Ukraine demonstriert²⁹. Die Eidgenossenschaft hat die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland übernommen³⁰. Die zunehmende Polarisierung im In- und Ausland wirkt sich auch auf die Wahrnehmung von Positionen internationaler Akteure aus. Im Falle der Schweiz wird deren Auffassung von Neutralität immer lauter in Frage gestellt. Indem Genf dem westlichen Lager zugerechnet wird, könnte es auch hier als neutraler Verhandlungsort an Legitimität zugunsten von Akteuren verlieren, die dem Westen weniger nahe stehen.

5. Demografischer Wandel und Migration

Der Krieg in der Ukraine hat zur Vertreibung von mehr als 14 Millionen Menschen geführt, davon sind 6,5 Millionen ins Ausland geflüchtet. Eine Fluchtbewegung, die für einige Staaten massive Folgen hat, insbesondere für Polen, das bisher mehr als 3,6 Millionen Geflüchtete aufgenommen hat³¹. Die Auswirkungen des Krieges auf die weltweite Migration sind zwar schwer zu erfassen, doch bedeuten die genannten Verschiebungen jedenfalls eine erhebliche Verstärkung anderer kriegsbedingter Migrationsströme wie desjenigen aus Syrien (6,6 Millionen Geflüchtete) oder aus dem Jemen (137'000 Flüchtlinge, in der Mehrheit Binnenvertriebene, da die Grenze schwer zu überschreiten ist)³². Der Migrationsdruck belastet allerdings jeweils vorwiegend die unmittelbaren Nachbarstaaten. So haben beispielsweise von 1 Million libyscher Flüchtlinge nach dem ersten libyschen Bürgerkrieg nur 18'000 die europäischen Grenzen erreicht³³. Die ukrainische Kriegsmigration erzeugt damit in Europa einen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie erlebten Migrationsdruck. Dabei ist erwähnenswert, dass die europäische Ländergemeinschaft zu einer neuen Haltung gegenüber Flüchtlingen gefunden hat. Wo auf Migrationsdruck sonst mit Skepsis reagiert wurde, haben

Lokale Folgen

Der Kanton Genf muss 5,8% der ukrainischen Flüchtlinge aufnehmen, und konnte sich für deren Beherbergung weitgehend auf private Haushalte verlassen: Von 2750 belegten Betten wurden 2000 in Privatwohnungen zur Verfügung gestellt³⁷. Diese Situation kann höchstens eine Übergangslösung sein, da viele Flüchtlinge eine besondere Betreuung brauchen werden. Zudem können Spannungen zwischen Gastgebern und Gästen mit der Zeit sehr schnell zunehmen³⁹. Schwierigkeiten, die neben der Frage der Ungleichbehandlung auch im Kanton zu Spannungen führen könnten.

die europäischen Staaten mit Solidarität reagiert, auch die Schweiz, die 55'000 Flüchtlinge aufnahm und erstmals S-Bewilligungen mit Schutzstatus vergab, auch wenn diese Hilfe jüngst in Frage gestellt wird³⁴. Zum Vergleich: Auf Schweizer Boden leben derzeit 24'000 syrische Flüchtlinge, von denen aber nur 500 aufgrund eines humanitären Visums aufgenommen wurden³⁵. Der Krieg in der Ukraine könnte also in Europa zu einem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik führen, zumindest in Bezug auf Kriegsflüchtlinge. In der Schweiz wie

im restlichen Europa gibt allerdings die Ungleichbehandlung von ukrainischen und anderen Flüchtlingen Anlass zu Spannungen; Flüchtlingsorganisationen und Geflüchtete in sehr prekärer Situation prangern eine Doppelmoral an und fordern eine allgemeine Anwendung der vorteilhaften Regeln, die auf die Ukrainer angewandt wurden³⁶.

«Diese Krisen beeinflussen unbestreitbar die Megatrends der letzten Jahrzehnte und haben auch Folgen für den Kanton Genf»

**Autoren und Quellen:**

Dr. Jean-Marc Rickli,
Head of Global and
Emerging Risks, GCSP

Federico Mantelassi,
Research and Project
Officer, GCSP

Valentin Julliard,
Trainee, GCSP



Die Lehren aus der Coronakrise

Im Frühling 2020, mitten in der Covid-19-Pandemie, wurden einige Experten im Rahmen des Prozesses Genf 2050 gebeten, die positiven und negativen Folgen dieser Gesundheitskrise zu benennen. Im Laufe des Jahres 2021 kristallisierten sich im Austausch unter den Mitgliedern der Zukunftskommission Genf 2050 erste Erkenntnisse heraus, anhand derer die Risiken, aber auch die Chancen aus der Coronakrise im Hinblick auf den ökologischen Übergang antizipiert werden können.

Neue Formen der Fortbewegung

Es war vor allem das Mobilitätsverhalten, das sich mit den aufeinanderfolgenden Wellen der Coronakrise massiv veränderte, besonders durch das umfassend eingeführte Homeoffice. In dieser Zeit griffen die Genfer Behörden gezielt raumgestaltend ein, um den Fahrrad- und Fussverkehr zu erleichtern; es kam zu einem Anstieg der Zahl der Velofahrerinnen um 22% und des Fahrradverleihs um 42%. Gleichzeitig ging allerdings die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zurück, zum Teil auch wegen des Umstiegs auf Privatfahrzeuge. Welche Folgen hatten diese Verhaltensänderungen, und inwiefern sind wir heute wieder dort, wo wir vor der Pandemie standen? Welche Investitionen könnten und sollten bei diesen Verhaltensänderungen ansetzen?

Die Mobilitätsnachfrage wurde 2020 geradezu erschüttert, und geht mit neuen Erwartungen und Einstellungen daraus hervor, die als Potentiale genutzt werden können: Aufteilung des öffentlichen Raums nach Verkehrsformen, Förderung des Homeoffice und dessen Berücksichtigung bei der Mobilitätsplanung, Prämien für den Umstieg von Verbrenner- auf Elektrofahrzeuge, auch bei Zweirädern, Massnahmen für den Verzicht auf Flugreisen, vor allem Kurzurlaube.

Soziale Verwerfungen

Die Pandemie hat zwar die Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems aufgezeigt, aber auch seine Schwachstellen: Vereinsamung der Senioren, Gefährdungen in Berufen, die nicht ins Homeoffice verlagert werden können, verstärktes Armutsrisiko bei fehlendem Zugang zur Grundversorgung (Lebensmittel, Wohnen, Pflege). Und so wirft denn die Pandemie bei vielen Beobachtern die Frage nach dem Risiko sozialer Verwerfungen im Zuge des ökologischen Übergangs auf. Die Gefahr wachsender Ungleichheit und ein zunehmendes Gefühl der Ungerechtigkeit in Zusammenhang mit den tiefgreifenden Umwälzungen, die der ökologische Umbau mit sich bringen wird – das sind Fragen, die gestellt werden müssen. Ebenso wie diejenige nach den möglichen positiven Auswirkungen dieses Übergangs auf das soziale Gefüge. Und aufgrund dieser Analyse wird zu bestimmen sein, welche Bedingungen konkret erfüllt sein müssen, um den ökologischen Umbau sozial verträglich zu gestalten, denn sein Erfolg hängt davon ab, dass er fair und gerecht vonstatten geht.

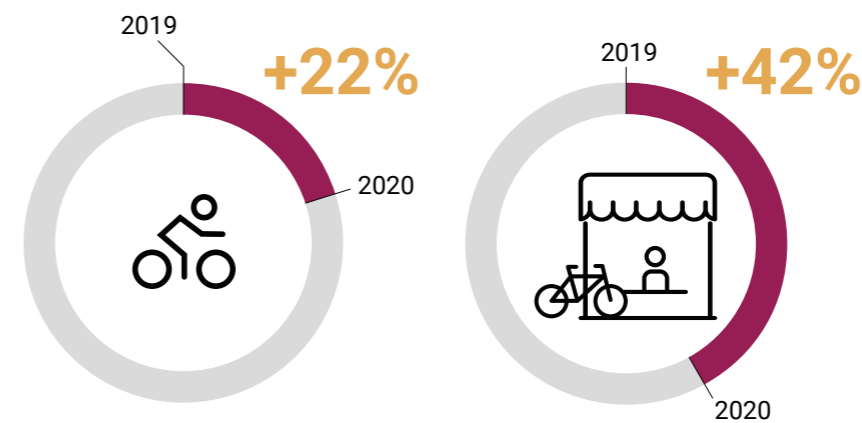
Allerdings hat die Krise auch neue Solidaritätseffekte zwischen den Communities und einigen Institutionen erzeugt, hat neue Praktiken und Erkenntnisse entstehen lassen, die für die Zukunft genutzt werden können. Auch hatte der Lockdown die eine oder andere

Nebenwirkung, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken könnte, wie die Entschleunigung des Alltags, einen Abbau der Luftverschmutzung, einen Rückgang des Lärms...

Ökologischer Umbau und wirtschaftlicher Wandel

Mit der Covid-19-Pandemie wurden die Fragen nach den Veränderungen in der Wirtschaft, die der ökologische Wandel erfordert, noch stärker in den Vordergrund gerückt. Die Zukunftskommission Genf 2050 ist sich bewusst, dass die Zukunftsszenarien sehr gegensätzlich sind, da ja auch der erforderliche Umbau einschneidend ist. Innerhalb einer Generation CO₂-Neutralität zu erreichen ist eine der grössten Herausforderungen, vor denen die Menschheit je gestanden hat. Zwar zeichnet sich ein Konsens dazu ab, dass die Wirtschaft des Übergangs eine dekarbonisierte Kreislaufwirtschaft sein muss, doch die Diskussion darüber, wie dies zu erreichen ist, ist umso lebhafter. Wie kann die Entwicklung der Genfer Wirtschaft im Lichte der verschiedenen Szenarien gedacht werden? Während der ganzen Pandemiezeit hat sich die Zukunftskommission Genf 2050 Gedanken darüber gemacht, wie die Welt danach aussehen könnte. In den kommenden Monaten wird sie denn auch mehrere Zukunftsszenarien gründlicher unter die Lupe nehmen.

«Innerhalb einer Generation CO₂-Neutralität zu erreichen ist eine der grössten Herausforderungen, vor denen die Menschheit je gestanden hat.»



Anstieg der Zahl der Velofahrer im Kanton Genf, 2019–2020.

Zunahme des Veloverleihs im Kanton Genf, 2019–2020.

Quelle: Genève Roule

75% der Befragten gehen davon aus, dass sich ihre Arbeit mit der Digitalisierung verändert

56% sind der Meinung, dass in Zukunft die wirtschaftliche Situation die Gesundheit beeinflussen wird

Quelle: Befragung GE 2050



Follow-up Notiz GE2050

« Covid-19 : wie die Folgen einer Krise antizipieren, die in die Verlängerung geht? »



Informationsblatt SRED Nr. 81

«Die Folgen der Gesundheitskrise für Kompetenzaufbau und Schulkarriere bei den Schüler-innen des Kantons Genf»



Perspektivisch

- Präzisere Bewertung der Folgen der Krise für die Ungleichheiten im Gesundheitsbereich.
- Nachhaltige Beurteilung der Folgen der Coronakrise für den Kompetenzerwerb und die Schulkarriere von Schüler-innen.
- Fortgesetzte Analyse der Verhaltensveränderungen aufgrund der Krise.



Seit drei Jahrzehnten schlägt die Wissenschaft Alarm und wird international verhandelt, und doch ist es den Staaten nicht gelungen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Dieses Scheitern führt dazu, dass die Situation heute für die Zukunft der Erde kritisch ist. Die schnellen, grundstürzenden Veränderungen, die der ökologische Umbau erfordert, sind für die Politik und das öffentliche Handeln eine Herausforderung von historischem Ausmass.

Die Treibhausgasemissionen innerhalb der nächsten dreissig Jahre um 90% reduzieren. Vor dieser kolossalen Aufgabe steht der Kanton Genf, wenn er die Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllen will, nämlich bis 2050 CO₂-neutral zu werden. Aus diesem Grund hat der Kanton Genf 2019 den Klimanotstand ausgerufen und sich bis 2030 das ehrgeizige Ziel gesetzt, seinen Treibhausgasausstoss um 50% zu reduzieren. Dazu muss in allen Bereichen des täglichen Lebens gehandelt werden. Für die Zukunftskommission Genf 2050 zieht diese eine Herausforderung drei weitere nach sich.

Die demokratische Herausforderung. Die Dringlichkeit des Wandels stösst sich am Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung, die Zeit braucht. Es muss schnell überzeugt und es müssen möglichst viele für diese Aufgabe gewonnen werden.

Die soziale Herausforderung. Die ökologische Wende braucht Gerechtigkeit und Fairness. Es muss ein neues Modell geschrieben werden, das die alternde Bevölkerung, Gesundheit, Renten, beruflichen Nachwuchs und Ausbildung mitdenken muss. So muss auch die Finanzierung des Gesundheitswesens und der Renten gesichert sein.

Die wirtschaftliche Herausforderung. Der ökologische Umbau kann nicht ohne einen weitgehenden Umbau des wirtschaftlichen Gefüges geschehen; die Akteure des Übergangs werden zu

fördern sein, während Branchen begleitet werden müssen, die sich je nachdem entweder positiv verändern oder untergehen müssen.

Handlungsansätze

Es ist erfreulich, dass in Genf der Ausstoss an Treibhausgasen pro Einwohner in den letzten dreissig Jahren um 5% gesunken ist, doch es bleibt noch viel zu tun. Das Ziel besteht darin, richtige und gute Praktiken signifikant zu steigern und negative Verhaltensweisen drastisch zu vermindern. Dabei stehen der öffentlichen Hand eine ganze Reihe von Handlungsoptionen offen, die aber mit Bedacht genutzt werden müssen. Informieren ist die höchste Priorität. Es gilt, nicht nur ein Bewusstsein für Umweltbelange und für die ökologische Transformation zu entwickeln, sondern auch die dazugehörigen Kompetenzen jedes Einzelnen zu stärken. Auch Verhaltensregeln und Wertvorstellungen müssen verändert werden, indem man beispielsweise aufzeigt, dass es gewinnbringend ist, Umwelt und soziale Gerechtigkeit zu bewahren, und dass ihre Vernachlässigung verdeckte Kosten mit sich bringt. Die positiven Wirkungen der ökologischen Transformation auf Gesundheit, Lebensumfeld, Ernährung usw. müssen hervorgehoben werden.

Was die Hebel angeht, die staatliches Handeln zur Verfügung hat, so muss die öffentliche Hand mit dem guten Beispiel als Vorreiter auftreten, und zwar in so vielfältigen Bereichen wie der energiesparenden Nutzung öffentlicher

Gebäude, der Entwicklung von Grünflächen oder der Förderung alternativer Mobilitätsformen.

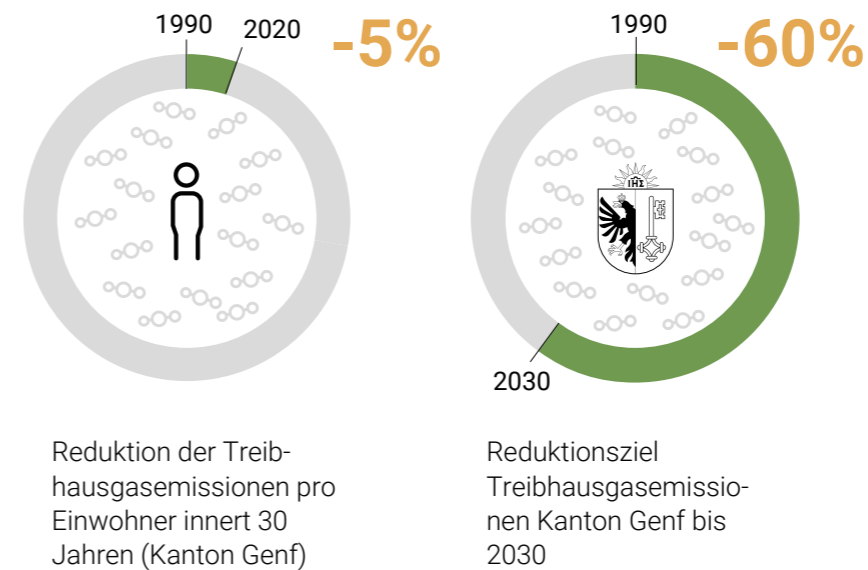
Auch bei der Begleitung des wirtschaftlichen Umbaus werden die staatlichen Akteure bei Ausbildung und Umschulung eine fundamentale Rolle zu spielen haben.

Eine neue Kultur entwickeln

Die Befragung im Rahmen von Genf 2050 hat gezeigt, dass Genferinnen und Genfer nicht gegen zwingende Massnahmen für das Klima sind. Doch obligatorische Massnahmen reichen nicht aus. Vielmehr muss umweltfreundliches Verhalten gefördert, die Aufklärung über die richtigen Reflexe intensiviert, das Experimentieren erleichtert, und umweltschädliches Tun als «von gestern» gebrandmarkt werden.

Wenn der Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingen soll, muss die Politik in Zukunft darauf vorbereitet sein, im Zweifelsfall zu entscheiden, auf gewisse Investitionen zu verzichten und andere zu fördern. Es geht darum, das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen dem Setzen von Anreizen, die konsensfähig aber wenig wirksam sind, und zwingenden Massnahmen, die weniger leicht zu vermitteln, dafür aber wirksamer sind. Die Hebel sind alle da, es gilt, sie mit Bedacht einzusetzen.

«Die Befragung im Rahmen von Genf 2050 zeigt, dass die Genfer nicht gegen zwingende Massnahmen für das Klima sind.»



75% der Antwortenden sind bereit, sich für das Klima in Zukunft mehr anzustrengen

69% wünschen sich eine bessere Luftqualität

81% sind bereit, den Energieverbrauch (Wohnungsheizung) zu senken

Quelle: Befragung GE 2050

Um dem ökologischen Übergang Schwung zu verleihen, hat der Regierungsrat den Prozess *Genève en transition* angestossen mit dem Ziel, seine Vorhaben und Strategien entlang den Anforderungen des ökologischen Umbaus und unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung zu entwickeln.



Genève im Übergang
Was kann man heute für das Genf von morgen tun?



Perspektivisch

- Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
- Begleitung der Branchen, deren Aktivität sich verändern oder verschwinden muss



Die Digitalisierung birgt zwar Chancen für den ökologischen Umbau, doch die Art und Weise, wie sie derzeit vonstatten geht, steht in einem Spannungsverhältnis mit den ökologischen und gesellschaftlichen Zielen, wie sie der kantonale Bericht über eine gelungene ökologische Transformation definiert.

Der ökologische Fussabdruck der Digitalisierung wächst und wächst. Ursache sind die Vervielfachung der Nutzungen und die gleichzeitige Zunahme von Anzahl und Leistung der Geräte und Anlagen (Netzwerke, Server, Terminals, vernetzte Objekte usw.), die einen enormen Verbrauch an Wasser, Energie, Metallen und seltenen Erden nach sich ziehen. Dessen Folgen werden sowohl in den Förderländern als auch dort spürbar, wo die Nutzer und Nutzerinnen leben. Jüngste Studien sehen den Ausstoss an Treibhausgasen durch die Nutzung digitaler Medien auf der Höhe der Emissionen des weltweiten Flugverkehrs. Das Ziel muss es daher sein, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um den ökologischen Fussabdruck von Bauten, Mobilität und Produktion zu reduzieren und gleichzeitig die Nutzungen im Sinne einer «digitalen Sparsamkeit» zurückzufahren.

Risiko Ungleichheiten

Auf gesellschaftlicher Ebene wirft dies Fragen für den Einzelnen wie für die Gesamtgesellschaft auf. Sie betreffen in erster Linie schon bestehende Ungleichheitstendenzen, die so genannte digitale Kluft. Die digitalen Umwälzungen im Bereich der sozialen Beziehungen und der Informationsverbreitung schaffen neue Herausforderungen für das Zusammenleben und die Demografie. Da die Umsetzung der Massnahmen zur ökologischen Transformation eine solide demokratische Grundlage benötigt, muss der digitale Umbau die Aufforderung beinhalten, die Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben, an öffentlichen

Debatten und Entscheidungen neu zu denken, so die Analyse der Schweizer Stiftung für Technologiefolge-Abschätzung TA-Swiss. Fragen der Souveränität, der digitalen Unversehrtheit und des sicheren Umgangs mit Daten sind ebenfalls eng mit den Herausforderungen der ökologischen Transformation verknüpft.

Digitale Verantwortung zur Querschnittsaufgabe machen

Die Digitalisierung betrifft alle Felder des politischen Handelns. Für die Zukunftskommission Genf 2050 ist diese Dynamik mit den Zielen der ökologischen Transformation in Einklang zu bringen und gleichzeitig nutzbar zu machen; das heisst, dass alle schon erkannten Handlungsansätze aktiviert werden müssen. Die Selbstverpflichtung des Kantons Genf, ein Label für digitale Verantwortung zu schaffen, wird ein entscheidender Schritt sein hin zur Konkretisierung der Leitlinien der kantonalen Digitalstrategie (Bericht *Une politique numérique pour Genève, 2018*) und anderer Grundsatzdokumente zur ökologischen Transformation, namentlich des Klimaplanes 2030 (darin Abschnitt 3.4 zur digitalen Sparsamkeit). Genf wäre damit der erste Kanton mit einem Gütesiegel für «digitale Verantwortung».

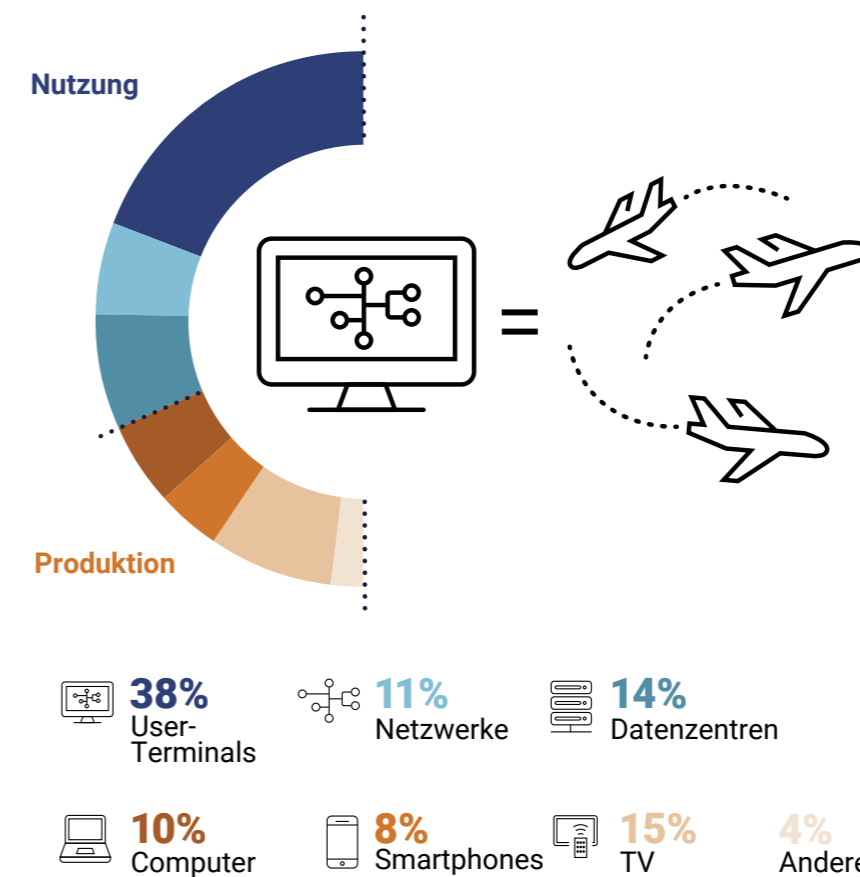
Es sind diese ersten Elemente einer Diagnose, die es der Zukunftskommission Genf 2050 ermöglicht haben, Handlungsansätze zu entwickeln und schon bestehende Massnahmen in den Direktionen zu ergänzen, zu verstärken oder besser zu koordinieren.

Die Rahmenbedingungen, die zu einer «Ethik der Digitalisierung» führen könnten, erfordern eine Diskussion über die Grenzen des Digitalen, und auch über die Doppelung gewisser digitaler Abläufe, um deren Funktionieren auch offline gewährleisten zu können.

Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen

Die Verwaltung muss ihre internen Abläufe nach dem Umweltmanagementsystem (ISO 14001) umbauen, um ihre digitale Verantwortung wahrzunehmen. Eine Taskforce für digitale Verantwortung könnte die Dienststellen dabei begleiten. Langfristig wird der Begriff der Kreislaufwirtschaft in die Ausschreibungen einfließen müssen, die geteilte Nutzung von Anwendungen und Geräten auch mit den Gemeinden ist zu fördern. Etwa ein Dutzend Ansätze für die Umstellung von Abläufen, für den Kompetenzaufbau bei der Bevölkerung und für die Begleitung von Wirtschaftsbeteiligten wurden schon formuliert.

«Das Ziel muss es sein, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um den ökologischen Fussabdruck zu reduzieren»



Quelle: Institut numérique responsable

85% meinen, dass Genf sich anpassen muss, um an der Spitze der technologischen Entwicklung zu bleiben

72% meinen, dass viele Arbeitsplätze betroffen sein könnten.

Quelle: Befragung GE 2050

Bericht Digitalpolitik
Kanton Genf 2018

Follow-up Notiz
Ökologische Transformation und Digitalisierung



Perspektivisch

- Das « digitale Potential » des Territoriums erfassen (digitale Allmende, Arbeitsplätze und Branchen mit Bezug zu nachhaltiger Digitalisierung)
- Querschnittsfragen ausloten: Digitalisierung und Demokratie, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt
- Aktionsplan Digitale Verantwortung erarbeiten



Gesundheit ist eine wichtige Ressource im Alltag, ein Grundrecht und ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Frage. Jenseits individueller und biologischer Determinanten wird Gesundheit von Faktoren wie Bildung, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebensumständen, von der Stabilität der Ökosysteme und von der Qualität der sozialen Bindungen bestimmt; diese ermöglichen unter anderem, dass ein Gefühl der Geborgenheit entsteht, das für das Wohlbefinden des Einzelnen und der Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielt.

Handeln zugunsten von Gesundheit ist schwer vereinbar mit einer Idee von Wirtschaft, in der die Verteilung der Ressourcen und das Erreichen eines wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts an den Markt delegiert wird. Ein neoliberales System drängt per se zum Aufbau eines Marktes für Gesundheit, auf dem käufliche Gesundheitsdienste dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen und der Patient zum Kunden/Konsumenten wird, so er denn solvent ist. Entsprechend entwickelt und spezialisiert sich ein Angebot an Gesundheitsdiensten, in dem immer mehr Aspekte des Lebens der Medizin unterstellt werden. Gleichzeitig boomt die Nachfrage, noch verstärkt durch eine Erwartung bei der Bevölkerung, dass das Gesundheitssystem sie vor jedem Schmerz und sogar vor dem Tod bewahren könne. Das Ganze führt zu einer Kostenexplosion, zu einem Denken, in dem Gesundheitsversorgung vorwiegend als Managementproblem behandelt wird, zu wachsender Macht für die Versicherungen und zur ständigen Beschwörung einer nicht erreichbaren Kostendämpfung. In der Vorstellung, dass jeder Einzelne seine Gesundheit in der Hand habe, wird die Wirkung individuellen Verhaltens überschätzt, ein systemischer Ansatz, der die Entstehung von Gesundheit im Blick hat, dagegen vernachlässigt.

Wir brauchen ein umfassendes Verständnis von Gesundheit

Um diesem weltweit verbreiteten System etwas entgegenzusetzen und seine Auswirkungen auf die Gesundheit zu begrenzen, setzt die kantonale Politik für Gesundheitsförderung und Prävention in Genf auf einen positiven

und sektorübergreifenden Begriff von Gesundheit. Es geht darum, den Einwohnern Angebote zu machen, die es ihnen erlauben, möglichst lange bei guter Gesundheit zu leben, mit einem besonderen Augenmerk auf den Abbau der sozialen Ungleichheiten bei Gesundheit¹. Diese Politik richtet sich nach der Charta von Ottawa², die 1986 den Weg für einen Paradigmenwechsel frei machte, weg von einem an medizinischen Aspekten und an der Gesundheitsversorgung orientierten Begriff von Gesundheit, hin zu einem koordinierten Ansetzen an den Gesundheitsdeterminanten, mit dem Aufbau gemeinschaftlicher Kapazitäten und bevorzugt in einem Bottom-up Ansatz. Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Mass an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen, und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Diese Charta ist alles andere als überholt und bis heute ein Spiegel der ethischen Fragestellungen im Gesundheitswesen: Befähigung und Selbstbestimmung des Einzelnen, Eigenverantwortung, soziale Fairness und Gerechtigkeit, Partizipation und das Recht auf Gesundheit.

Die Salutogenese (Entstehung von Gesundheit) ist ein weiteres Konzept, das der kantonalen Gesundheitspolitik als Richtschnur dient. Der Begriff ruft dazu auf, über den Ursprung von Gesundheit und über die Faktoren nachzudenken, die Gesundheit und Wohlbefinden auch dann schützen und fördern, wenn Risiken vorhanden sind³. Dreh- und Angelpunkt ist das «Kohärenzgefühl», beschrieben als «ein Gefühl der Zuversicht, dass man die unzähligen, komplexen

Stressfaktoren im Laufe seines Lebens gut bewältigen kann»⁴. Dieses Gefühl ist dann erreicht, wenn der Mensch «versteht, dass er die Prozesse, die sein Leben bestimmen, organisieren kann und sie als sinnhaft empfindet»⁵. Das Kohärenzgefühl ist eine bedeutende Ressource, die den Menschen dazu befähigt, seine Gesundheit selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

Gesundheit – ein Gemeingut

Nun ist Gesundheit aber mehr als das Gut jedes und jeder Einzelnen, nämlich ein Gemeingut, das es demokratisch zu schützen und zu fördern gilt. Gesundheitliche Gefährdungen betreffen nicht alle Menschen gleichermassen. Vielmehr hängt der Gesundheitszustand in der Schweiz zu 60% von Faktoren ab, die mit dem Gesundheitssystem oder mit biologischen und individuellen Merkmalen nichts zu tun haben⁶, nämlich von sozioökonomischen Verhältnissen, von Umwelt, Ernährung, Arbeits- und Wohnbedingungen. Ein gesetzlicher Rahmen, der sich an der Solidarität als zentralem politischem Wert orientiert, ist ein Mittel, Chancengleichheit und Schutz des Einzelnen zu garantieren. Auch muss Gesundheit innerhalb des soziopolitischen Systems neu gedacht und müssen soziale und Umweltprobleme angegangen werden, um Gerechtigkeit und Wirksamkeit in Übereinstimmung zu bringen. Laut OECD⁷ sind in den entwickelten Ländern mindestens 20% der Gesundheitsausgaben unwirksam oder wirken sich sogar negativ auf die Gesundheit aus. Als verantwortlich dafür werden die Zersplitterung der Einrichtungen und das fachlich abgeschottete Vorgehen bei der Behandlung von Akutkrankheiten genannt. Widerstand gegen eine rein medizinische Sichtweise auf diese Probleme kann deshalb mit Sicherheit zu einer besseren Kostenbeherrschung im Gesundheitswesen beitragen. Die Zunahme der Gesundheitsbedürfnisse und die technologische Entwicklung führen zusammen mit Fehlern im Organisationsdesign (variable Praktiken, falsches Handling des Behandlungsverlaufs,

Rehospitalisierungen, verspätete oder zu häufige Spitaleinweisungen...) zu Kostensteigerungen und zu schlechten Gesundheitsergebnissen. Es wird geschätzt, dass integrierte Organisationen, deren oberstes Ziel es ist, die Gesundheit in der Bevölkerung durch ein Ansetzen bei den Gesundheitsdeterminanten zu erhalten und bei Krankheit einen negativen Verlauf zu vermeiden, sowohl wirksamer als auch kosteneffizienter sind⁸.

Die Covid-19-Krise hat die Zusammenhänge und Verbindungen zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt aufgezeigt. Die Folgen dieser Krise sind noch nicht ausgestanden und daher auch noch nicht vollumfänglich bekannt. Auf jeden Fall aber zeigen sie, wie wichtig der integrierte Gesundheitsansatz «One Health» der WHO⁹ ist, der die Wechselwirkungen zwischen diesen verschiedenen Formen von Gesundheit berücksichtigt. Er plädiert für ein gemeinsames, sektorübergreifendes Vorgehen auf vielen Ebenen, um Gesundheit und Wohlbefinden aller zu fördern, wobei Klimawandel und nachhaltige Entwicklung als Handlungsfelder mit einfließen müssen¹⁰. One Health geht weg von der Idee der Herrschaft des Menschen über

seine Umwelt hin zu einer ausgewogeneren, demokratischeren Beziehung, in der das Gleichgewicht der Ökosysteme, aller lebenden Organismen und der Artenvielfalt respektiert wird. Es ist die Idee einer nachhaltigen Gesundheit im Zentrum eines sozialen Systems und einer integrierten wirtschaftlichen Organisation, die zum Werkzeug für nötige Veränderungen wird in der Art zu leben, sich fortzubewegen, zu konsumieren und mit der umgebenden Natur in Beziehung zu stehen.

Und schliesslich ist Gesundheit Zeichen und Ausdruck einer harmonischen Beziehung zur Welt und zur Umgebung. Sie hat im Wesentlichen zu tun mit der Fähigkeit, die selbstbestimmte Gestaltung der individuellen und gemeinschaftlichen Lebensbedingungen zurückzuerlangen. Gesundheitsförderung sollte nicht die Suche nach einer technischen, ausgelagerten, nicht empfundenen Gesundheit sein, die reiner Selbstzweck wäre. Genf möchte eine Gesundheit fördern, die sich in den Dienst der Lebenserfahrung stellt.



Kantonale Strategie
Politik Gesundheitsförderung und Prävention



Datenquellen
Fussnoten

8 strategische Stossrichtungen



Quelle: Kantonales Konzept für Gesundheitsförderung und Prävention 2030 (Broschüre)



Das Altern der Bevölkerung und seine Folgen vorausschauend mitdenken

Die Zukunftskommission Genf 2050 hat sich damit befasst, wie die Folgen einer alternden Bevölkerung in der Politik vorausschauend mitgedacht und die damit verbundenen Herausforderungen für Gesellschaft und Gebietskörperschaften besser bewusst gemacht werden könnten. Auch um die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Direktionen zu bereichern.

Seit dem zweiten Weltkrieg steigt die Lebenserwartung unaufhaltsam an. Im Jahr 2050 werden 25% der Bevölkerung im AHV-Alter sein, 2020 waren es noch 16%. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich bis dahin praktisch verdoppeln (10 bis 12% gegen heute 6%)*. Zwar ist die Situation in der Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern eher günstig, doch Hitzewellen und Coronakrise haben auch hier die Verletzlichkeit von Senioren in ein neues, greller Licht gerückt. Die Betreuungseinrichtungen stellen fest, dass eine Vielzahl von Faktoren dazu beitragen, dass alte Menschen Betreuung benötigen: Ernährung, Mobilität im Alltag, kognitive Beeinträchtigungen u.v.a.m. Vielgestaltige Lebensverläufe und Alterungsprozesse verlangen, dass wir die Betreuung der Senioren überdenken.

Für eine Betreuung «bei guter Gesundheit»

Die traditionelle Lösung, die pflegeorientiert ist und im Normalfall im Spital endet, muss sich hin zu einer Betreuung «bei guter Gesundheit» entwickeln, die vorwiegend zu Hause erfolgt. Das bedeutet, dass der Schwerpunkt zunehmend auf der Prävention, dem Erkennen von Schwachstellen und der Koordination der Unterstützungsleistungen für den alten Menschen liegen muss, der ausserdem zur «Hauptperson» seiner eigenen Betreuung werden muss. Dieser neue Ansatz ist von einer umfassenden Transformation der sozialen Beziehungen nicht zu trennen. Der Platz der Senioren und die Wahrnehmung ihrer Rolle in der Gesellschaft, die Einstellung

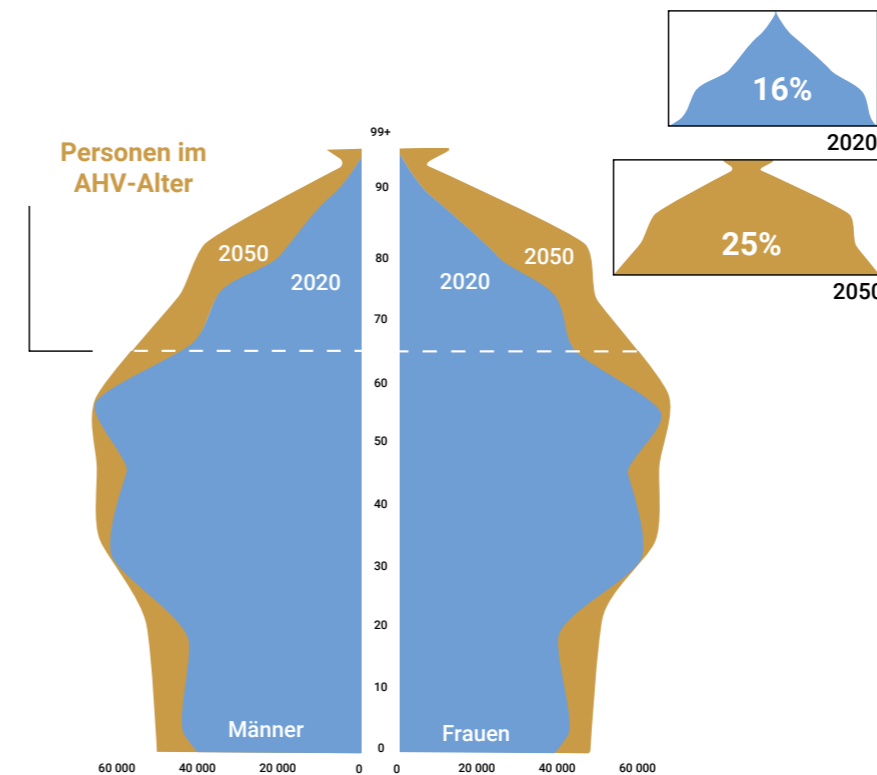
zu den letzten Lebensjahren und zum Tod, müssen sich tiefgreifend verändern. Denn die gesellschaftlichen Herausforderungen des Alterns sind unzählige: Würdige Lebensumstände für ältere und alte Menschen gewährleisten, ihren Beitrag zum sozialen Leben wertschätzen, sie in kollektive Entscheidungen einbinden, Vereinsamung verhindern. Nicht zu vergessen das frühzeitige Erkennen von Risiken für mögliche Generationenkonflikte, die aus klaffenden Einkommensunterschieden oder aus einem technologischen Gefälle entstehen können. Alle diese Problemfelder belasten heute schon die Gebietskörperschaften, zusätzlich zu den hohen Kosten, die die alternde Gesellschaft mit sich bringt.

Wo die Politik sich neu erfinden muss

Gesundheit, sozialer Zusammenhalt, Steuern und öffentliche Finanzen sind die Politikbereiche, die vom Altern der Bevölkerung am offensichtlichsten betroffen sind. Entscheidungen der Raumplanung, der Mobilität und des Wohnungsbaus sollten im Hinblick darauf überprüft werden, wie sie sich auf die Autonomie der Senioren auswirken. Dazu gehören auch umweltpolitische Massnahmen, die die Anpassung an den Klimawandel und die Schaffung günstiger Bedingungen für ein gesundes Leben berücksichtigen müssen. Damit nicht genug, müssen auch Herausforderungen in Wirtschaft und Beschäftigung bedacht werden. So müssen beispielsweise die Ausbildungsgänge so überdacht werden, dass Senioren besser in

Beschäftigung bleiben und entsprechende Umschulungsbedürfnisse abgedeckt werden können. In Schule und Bildung müssen vor allem die jungen Generationen auf die neuen Gleichgewichte vorbereitet werden, namentlich im Sinne der Solidarität und der Umverteilung. Um all diese Herausforderungen zu bewältigen ist eine globale, fachübergreifende und koordinierte Herangehensweise zu entwickeln. Dabei darf auch die Arbeit mit Gemeinden und Vereinen nicht vernachlässigt werden. Überlegungen, die sich am kantonalen Plan gegen die Prekarität orientieren, der in Zusammenhang mit der Covid-19-Krise erarbeitet wurde. Dieser plädiert für eine Gesetzgebung über die Senioren, die den spezifischen Merkmalen dieser Bevölkerungsgruppe Rechnung trägt, für eine Stärkung von Nachbarschaftsmassnahmen, für mehr Aufklärung und Information zuhnden von Senioren in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und, ebenfalls mit den Gemeinden, für ein Programm zum Erhalt sozialer Bindungen, der staatsbürgerlichen Teilhabe und der sozialen Regsamkeit älterer und alter Menschen.

«Vielgestaltige Lebensverläufe und Alterungsprozesse verlangen, dass wir die Betreuung der Senioren überdenken.»



Alterspyramide der Schweiz 2020-2050

83% sind der Meinung, dass Umwelt und Umfeld die ausschlaggebenden Faktoren für ihre Gesundheit sind

51% nennen generationenübergreifendes Wohnen als wichtigste Idee für das Zusammenleben

Quelle: Befragung GE 2050



Follow-up Notiz
Das Altern der Bevölkerung und seine Folgen für die Politik vorausschauend mitdenken



Ergebnisbericht Mandat
«Altern 2030»

* OCSTAT



Perspektivisch

- Die Weiterbeschäftigung von Senioren erleichtern (50, 55+)
- Entstehenden Umschulungsbedarf begleiten (neue Kompetenzen)
- Das Image des Alterns verändern



Wohnen neu gemischt

Wie sollen und müssen Wohnmodelle und -perspektiven der Quartiere von morgen aussehen? Es sind die sozialen Umbrüche von heute, die die Beantwortung dieser Frage bestimmen. Sie müssen Anlass sein, schon angestossene Massnahmen in Genf in neuem Licht zu sehen und über nachahmenswerte Modelle für die Zukunft nachzudenken.

Die Herausforderung der sozialen «Revolutionen»

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist die soziale Durchmischung ein Grundpfeiler der Genfer Wohnungspolitik. Trotz hohem demografischem Druck gelang es Genf in den vergangenen Jahrzehnten, den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen auf dem Kantonsgebiet zu erhalten. Heute ist Durchmischung ein Muss - als Antwort auf und als Leitprinzip für mehrere gesellschaftliche Entwicklungen: Eine demografische Revolution im Zeichen des Alterns und des getrennten Wohnens (Personen, die im gleichen Haushalt lebten, gehen auseinander), eine digitale Revolution mit der massiven Verbreitung von Homeoffice, und eine ökologische Revolution, die hartnäckig fragt, wo und wie gebaut und wie intensiv der Boden genutzt werden darf. Heute gilt es deshalb eine Durchmischung auf mehreren Ebenen zu entwickeln und zu fördern: Durchmischung der Einkommen, der Generationen, der Nutzungen, usw.

Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und ein Nebeneinander von Nutzungen müssen als Leitprinzipien die Planungen strukturieren. Allerdings erfordert deren Umsetzung eine Anpassung institutioneller Rahmenvorgaben und neue Lösungen und Vorgehensweisen sowohl bei Stadtplanung und Architektur als auch bei der Sozialbegleitung der Einwohner. Die Rolle aller Akteure muss sich weiterentwickeln. Neben Staat, Gemeinden, institutionellen Eigentümern, Stiftungen und Genossenschaften ist für die Entstehung

von sozialem Zusammenhalt in den Wohnvierteln die Zusammenarbeit mit den Diensten der einzelnen Gemeinden, mit Quartierzentren, Einwohnervereinen und Streetworkern der Genfer Stiftung für soziokulturelle Gestaltung (FASe) von ganz entscheidender Bedeutung.

Die Kommission stellt fest, dass viele Projekte und Experimente öffentlicher wie privater Träger in die richtige Richtung gehen. Die 2020 beschlossene Abänderung des kantonalen Gesetzes über die Entwicklungszonen (LGZD) zielt darauf ab, den Bedürfnissen der Mittelschicht besser Rechnung zu tragen und den gemeinnützigen Wohnungsbau gleichmässiger zu verteilen. Zu diesen Planungsänderungen kommen neue Bauvorschriften, die zulassen, dass bauliche Hindernisse, die älteren Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität den Zugang zu gewissen Räumen erschweren, entfernt werden.

Wohnungen anders gestalten

Die Covid-19-Krise hat die Grenzen des «minimalen» Wohnmodells, wie es in den wirtschaftlichen Boomjahren der Nachkriegszeit aufkam, abrupt aufgezeigt. Das Modell passt nicht mehr zu den strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit. Raumaufteilung und bauliche Lösungen müssen überdacht werden, um dafür zu sorgen, dass sich Räume wandeln und vielfache Nutzungen darin Platz finden können.

Die Erfahrungen des Vereins *Habitat 4 générations* (AH4G) in Zusammenarbeit mit dem *Forum Grosselin* bieten

heute schon Beispiele, anhand derer man über die generelle Anwendung dieser Praktiken bei Neu- oder Umbauten von Wohnraum nachdenken kann. Die soziale Durchmischung geschieht richtig erst im Erleben der Bewohner:innen. Es ist deshalb eminent wichtig, den Bedarf an Ressourcen vorab mitzudenken und schon bei der Finanzplanung einen breit gefassten Begriff von Durchmischung anzusetzen, indem beispielsweise Nutzungen angesiedelt werden, die wenig oder gar nicht lukrativ sind, aber zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt beitragen.

Die Quartiere von morgen

Die Frage des durchmischten Wohnens wirft Fragen nach Qualität und Nachhaltigkeit auf. Für die Kommission können hier die Genossenschaften als nachahmenswertes Modell gelten, das zwar nicht eins zu eins übertragbar ist, öffentliche und private Akteure aber dazu anregen sollte, zusammenzuarbeiten – bei Gebäuden und Quartieren. Laufende Erfahrungen zeigen, wie entscheidend die Rolle der Gemeinden ist, um Projekte anzustossen, die den Graben zwischen Sozialwohnung und nichtsubventioniertem Wohnraum überbrücken.

Die Durchmischung der Quartiere von morgen stellt vielfältige Herausforderungen, und es kann nicht darum gehen, ein Einheitsmodell zu propagieren; vielmehr müssen Experimente und Erfahrungen erkannt und unterstützt werden, die einen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Mehrwert versprechen.

«Heute gilt es eine Durchmischung auf mehreren Ebenen zu entwickeln»



89% wünschen sich mehr genossenschaftliche Wohnungen

61% sind für mehr Grünräume in der Stadt

Quelle: Befragung GE 2050



Follow-up Notiz
Die Entwicklung der Bedarfe für die Wohnungspolitik antizipieren



Perspektivisch

- Durchmischung auf vielen Ebenen entwickeln und fördern: Durchmischung der Einkommen, Generationen, Nutzungen usw.
- Raumverteilung und bauliche Lösungen neu denken, um Räume und Nutzungen flexibel zu gestalten



Multimodalität: Dreh- und Angelpunkt zeitgemässer Verkehrslösungen

Im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und kollektiven Notwendigkeiten gehören die Mobilität und ihre Folgen schon heute zu den ganz grossen Herausforderungen unserer Gesellschaften. Bis 2050 dürften sie noch mehr Gewicht erhalten.

Die Nachfrage und ihre Entwicklung

Fünf gesellschaftliche Trends sind derzeit auszumachen, die sich direkt auf die Mobilität auswirken – Alterung der Bevölkerung und migrationsbedingtes Bevölkerungswachstum, Individualisierung und Verkleinerung der Haushalte, fortgesetzt dynamische Globalisierung und Metropolbildung, Beschleunigung der Digitalisierung, neues Verhältnis zum Auto. Das klingt nach sehr disparaten Veränderungen, doch viele laufen in einem Punkt zusammen: Die Mobilitätsnachfrage und die Bewegungsströme werden weiter zunehmen, die zurückgelegten Distanzen ebenfalls; berufsbedingte Wege dürften eher ab-, Freizeit- und Einkaufsfahrten dagegen zunehmen. Weiter kann eine Zunahme von Fernreisen und ein Anwachsen der Multimodalität vor allem in den städtischen Ballungsräumen vorhergesagt werden. Tendenzen, die alle nicht in Richtung umweltschonendere Mobilität gehen.

Die umweltpolitischen Vorgaben

Dabei müssen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens die mobilitätsinduzierten Emissionen auf einen Zehntel

ihrer heutigen Menge reduziert werden. Ausserdem schätzte das Bundesamt für Raumplanung 2018 die Kosten für Belastungen und Schäden, die aus der lokalen Mobilität entstehen (Luftverschmutzung, Lärm, Unfälle usw.) auf mehrere Milliarden Franken jährlich. Um dennoch die Mobilitätswende zu schaffen, überarbeitet der Kanton Genf derzeit seine Mobilitätsstrategie 2050. Zum ersten Mal wird klar und deutlich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2030 den motorisierten Verkehr um 40% zu reduzieren. Damit einhergehen muss eine Elektrifizierung des Fahrzeugparks und ein erheblicher modaler Umstieg auf den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr. Diese Ziele sollen durch die Umsetzung des Gesetzes für eine kohärente und ausgewogene Mobilität (LMCE) erreicht werden, das am 5. Juni 2016 von der Genfer Bevölkerung mit 68% der Stimmen massiv angenommen wurde.

Auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs ist neuer Schwung gefragt, um an den Erfolg des Léman Express anzuknüpfen (Erweiterung des Bahn- und Tramnetzes, Einrichtung von BRT-Bussen). Weitere notwendige Massnahmen

werden eine kantonale und grenzüberschreitende Planung grosser Velowegachsen sein, die Umschichtung von Investitionen von der Strasse zur Multimodalität, ausserdem Car-Sharing und strengere Parkvorschriften. Die Planung muss sich in den Dienst einer nachhaltigen städtischen Mobilität stellen und dabei umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitische Aspekte mit einbeziehen. Das impliziert den Übergang von einer nachfrageorientierten Politik hin zu einer Politik, deren Richtschnur ein Mobilitätsangebot ist, das gemeinschaftliche und ökologische Ziele verfolgt und die Infrastruktur bereitstellt, die die entsprechenden Nutzungen fördert.

Mobilität für Jugendliche und Senioren

Jugendliche und Senioren haben ihre je spezifischen und manchmal gegensätzlichen Anforderungen an Mobilität. Die Jungen wollen Lebensqualität, ortsnahe Strukturen, ökologische und soziale Verantwortung, auch wenn sie sich mit ihrer Reise- und Entdeckungslust von den Vorgängergenerationen nicht grundlegend unterscheiden. Die Ansprüche der Senioren sind geprägt von einem Leben mit schier unbegrenzter Mobilität (sie sind die mobilste Generation aller Zeiten), dem Wunsch nach möglichst lang erhaltener Aktivität und Mobilität, dem Streben nach Selbständigkeit auch im hohen Alter und einer Vulnerabilität in Gebieten, in denen man vom Auto abhängig ist. Aufgrund dieser Erkenntnisse fasst die Kommission Massnahmen auf verschiedenen Ebenen ins Auge: Raumgestaltung (Nachbarschaftsstrukturen, Natur in der Stadt), Nachfrage (Umstellung des Lebensstils: Verzicht auf motorgetriebene Fahrzeuge, auf Flugreisen) und Verkehrsangebot (Langsamverkehr, Zug, Alternativen zum Besitz eines eigenen Autos).

«Eine Person, die in Genf wohnt, stösst in einem Jahr für ihre Wege ungefähr 3.1 Tonnen CO₂ aus. Das Ziel der CO₂-Neutralität entspricht einem Ausstoss von 300kg, das ist eine Reduzierung auf knapp einen Zehntel!»

87% der Befragten würden mehr Velo fahren, wenn es mehr sichere Fahrradwege gäbe.

69% wünschen sich eine Verbesserung der Luftqualität.

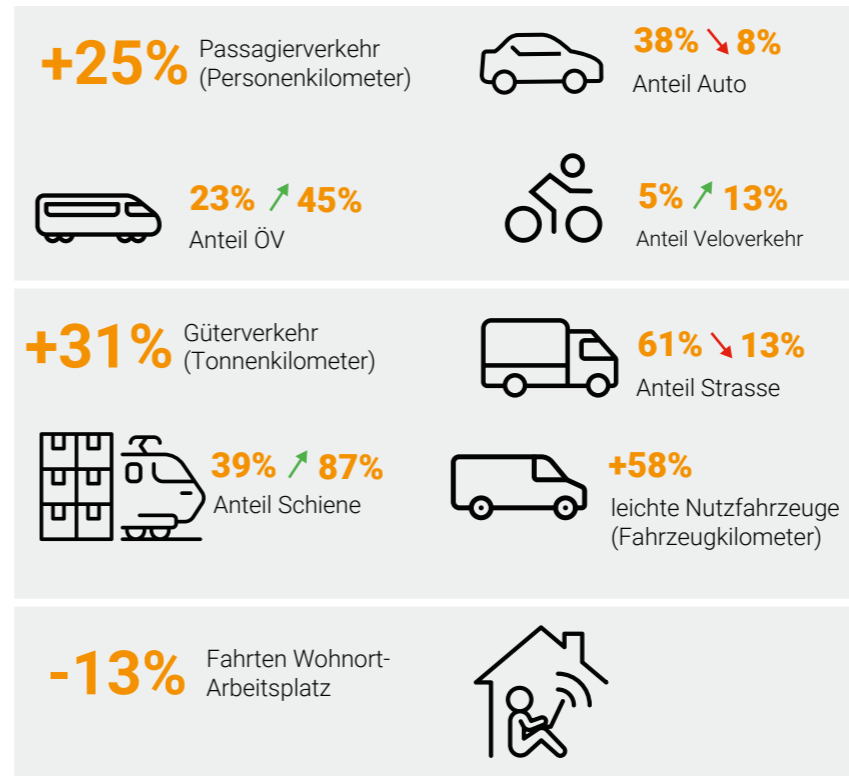
Quelle: Befragung GE 2050



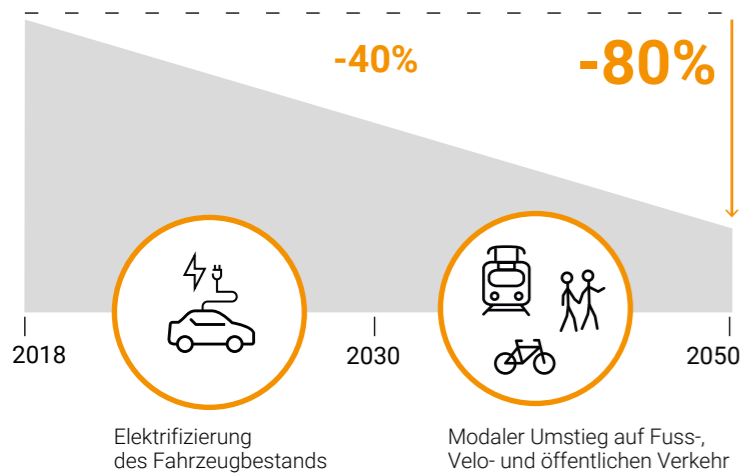
Follow-up Notiz
Unsere Mobilität 2050



Kantonaler Klimaplan
Kapitel Mobilität



Entwicklung der Zahl der zurückgelegten Wege 2020-2050 (Ziele des verstärkten Klimaplanes)



Perspektivisch

- Die Stadt der kurzen Wegen entwickeln
- Den motorisierten Individualverkehr drastisch vermindern
- Massiv in ÖV und Langsamverkehr investieren
- Elektromobilität ausbauen, neue Technologien nutzen
- Gütertransport umwandeln

Nouvelle voie verte Genève - Annemasse



Konsumverhalten ändern

Die Zukunftskommission Genf 2050 hat sich mit nachhaltigem Konsum und der Veränderung des Konsumverhaltens befasst, in Zusammenarbeit mit der Gruppe «nachhaltiger Konsum» der Universität Genf (UniGE) unter der Leitung von Dr. Marlyne Sahakian, promovierte Entwicklungswissenschaftlerin und assoziierte Professorin für Soziologie. Sie hat Konsummuster unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialen und materiellen Kontexte beschrieben und Ansätze gesucht, mit denen sich heutiges Konsumverhalten im Sinne der ökologischen Transformation verändern lässt.

Importierte Güter und Dienstleistungen sind heute für mehr als ein Drittel des CO₂-Fussabdrucks jedes Bewohners des Kantons Genf verantwortlich. Wenn bis 2050 Klimaneutralität erreicht werden soll, wie es der kantonale Klimaplan 2030 vorsieht, muss dieser Fussabdruck um das Zehnfache verringert werden. Unser täglicher Verbrauch an Waren und Dienstleistungen ist deshalb ein mächtiger Hebel, um die ökologische Transformation zu stemmen. Die Arbeiten der UniGE zeigen, dass es nicht reicht, besser zu informieren, leistungsfähigere Technologien zu fördern oder die Preise anzupassen, um nachhaltiges Konsumverhalten zu erreichen.

Das Team um Professorin Sahakian plädiert dafür, nicht so sehr auf Initiativen zu setzen, die vor allem auf den Einzelnen abzielen, sondern vermehrt die sozialen und materiellen Interaktionen in den Blick zu nehmen, die unser Konsumverhalten beeinflussen. Unter diesem Blickwinkel wurden sechs Themen diskutiert: Lebensmittelkonsum, Mobilität zu Lande, Digitalkonsum, Verpackungen, Konsumgüter und Reisen. Die Arbeiten der Kommission haben aufgezeigt, dass es um Querschnittsaufgaben geht, die all diese Lebensbereiche berühren.

Soziale Beziehungen und Normen

Zwar kann man soziale Beziehungen als ein Hindernis für Verhaltensänderungen betrachten (gemeinsames Essen in gemütlicher Runde, Mobiltelefone, Flugreisen), doch können sie auch zu neuen Interaktionen führen, und individuelle Entscheidungen können durchaus zu gesellschaftlichen Veränderungen führen (s. die zunehmende Akzeptanz abweichender Ernährungsformen). Gesellschaftliche Normen sind nicht nur Marker für einen sozialen Status, Bestandteil von Übergangsriten oder Muster, die die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe bestätigen, sondern auch ein Ausdruck fehlender Regelungen, die klare Grenzen für gewisse Produkte oder Verhaltensweisen setzen könnten.

Einfach, schnell und unabhängig - das sind die häufigsten Argumente, um «gewohntes» Konsumverhalten zu rechtfertigen, doch die Wahrnehmung der Vor- und Nachteile verschiedener Formen des Konsumverhaltens ist im Fluss. Und auch wenn die neuen Konsumformen oft als aufwendig und kostspielig empfunden werden, gewinnt das Angebot an Dienstleistungen und Infrastrukturen, die ein nachhaltigeres Konsumverhalten begünstigen, nach und nach neue Nutzer (Zeit im eigenen Auto als verlorene Zeit, Zeit im Zug als Arbeitszeit).

Der Weg hin zu nachhaltigerem Konsumverhalten geht mit dem Erwerb neuer Kompetenzen und neuen Wissens einher. Der Verbraucher muss auch genau über die wirklichen Folgen seiner Konsumentscheidung informiert sein. Manche Sorge von Konsumenten um Gesundheit und Sicherheit wird inzwischen vom Hemmnis tendenziell zum Anlass, sich nachhaltigeren Konsummustern zuzuwenden, so zum Beispiel die Einsicht in die Risiken einer zu fleischlastigen Ernährung.

Für alle Lebenskontexte (Familie, Freundeskreis, Schule usw.) wurden Handlungsansätze mit Hebelwirkung benannt, die alle Bereiche der sozialen Interaktion berühren. Staat und Gebietskörperschaften sind aufgerufen, über Sensibilisierung und Förderung hinauszugehen und auch reglementarische und ökonomische Hebel anzusetzen. Vier Handlungsbereiche werden vorgeschlagen: angebotsorientierte Massnahmen, nachfrageorientierte Massnahmen, reglementarische und wirtschaftliche Massnahmen, der Staat als gutes Beispiel/Vorreiter.

«Importierte Güter und Dienstleistungen sind heute für mehr als einen Drittel des CO₂-Fussabdrucks jedes Bewohners des Kantons Genf verantwortlich.»



83% meinen, dass die Umwelt der bestimmende Faktor für ihre Gesundheit ist

92% sind bereit, Produkte und Dienstleistungen mit einem Label «nachhaltig» bevorzugt zu konsumieren

91% halten es für notwendig, unseren Lebensmittelkonsum zu überdenken

Quelle: Befragung GE 2050



Follow-up Notiz
Nachhaltiger Konsum und Veränderung durch die Praxis



Perspektivisch

- Aufzeigen, dass die neuen Konsumformen nicht unbedingt aufwendig oder kostspielig sind.
- Neben Förderung und Sensibilisierung der Bevölkerung auch reglementarische und wirtschaftliche Hebel ansetzen



Allmenden und Beitragswirtschaft – Potential für Genf?

Wie können wir Wirtschaft und Lebensraum so umgestalten, dass «die gemeinsame und harmonische Fortpflanzung menschlicher Gemeinschaften und der Ökosysteme, in die sie eingebunden sind, gesichert wird»? Die Zukunftskommission Genf 2050 hat sich mit der lokalen Umsetzung des Begriffs «Allmende» und damit auseinandergesetzt, welchen Beitrag die öffentliche Hand dazu leisten kann. Dabei stützte sie sich auf die Arbeiten des Pariser Ökonomen Benjamin Coriat, emeritierter Professor der Universität Sorbonne Paris Nord.

Für einen Umbau hin zu einer kontributiven oder Beitragswirtschaft (économie contributive), die mit den Grenzen vereinbar ist, welche die ökologische Transformation setzt, müssen die positiven und negativen externen Effekte einzelner Tätigkeiten benannt werden. Dabei hilft der Kernbegriff der Allmende, die Rahmenbedingungen zu definieren, die für einen nachhaltigen Umgang mit gemeinsamen Ressourcen erfüllt sein müssen.

Natürliche, digitale und urbane Allmende

Historisch gesehen sind die Allmenden aus Boden- und anderen natürlichen Ressourcen entstanden: Weiden, Wälder, Bewässerungssysteme zum Beispiel. Seit einigen Jahrzehnten bilden sich aber neue Formen von Allmenden wie die digitale oder Wissensallmende (z.B. frei zugängliche Datenbanken), aber auch urbane Allmenden (Gemeinschaftsgärten, Brachflächen, öffentliche Gebäude...). Eine besondere Bedeutung kommt bei den urbanen Allmenden den Dritten Orten zu, die gleichzeitig dem Gemeinwohl in ihrem jeweiligen Raum, aber auch dem persönlichen Wohl einzelner Nutzer dienen. Aus zivilgesellschaftlichen Initiativen entstandene Dritte Orte können zu Schalt- und Schnittstellen für das staatliche Handeln werden.

Welche Allmenden für Genf und die Umlandregion Grand Genève?

Die erste Erkenntnis aus den Arbeiten der Zukunftskommission betrifft die Vielfalt der Ressourcen, Objekte oder Orte, die als lokale Allmende eingestuft werden könnten: Allmenden aus natürlichen Ressourcen wie Wasser (insbesondere die Rhone), Luft oder Wald; digitale Allmenden wie die Raumdaten, die von den Behörden erfasst und frei verfügbar gemacht werden können; urbane Commons wie der Projektraum 3DD (den der Staat für Aktivitäten mit Bürgerbeteiligung bereitstellt) und andere Kulturorte, die Tätigkeiten veranstalten, welche soziale und ökologische Zusatzeffekte für Raum und Region generieren.

Die Anerkennung dieser Ressourcen als Allmende wird als Mehrwert wahrgenommen. Im Anschluss stellt sich die Frage, auf welcher Ebene diese Allmenden am besten nachhaltig verwaltet werden. Für die Kommission ist die Umlandregion Grand Genève die geeignete Einheit, besonders für die natürlichen und bodengebundenen Allmenden. Das Grenzüberschreitende an diesem Ansatz bedeutet, dass Fragen der Governance ein besonderes Gewicht erhalten, vor allem dort, wo es um die Beteiligung der Bürger bei der Festlegung der Allmende und beim Umgang mit ihr geht, wenn sie als eigentliche, nachhaltig verwaltete

Allmende umgewidmet werden soll. Eine solche Entwicklung erfordert neue Formen der Zusammenarbeit und des raumbezogenen Handelns, wobei die Veränderungen von Governanceregeln antizipiert und manche Gegensätze überwunden werden müssen, namentlich derjenige zwischen öffentlichen und privaten Formen des Managements.

Staatliche Akteure und Beitragswirtschaft

Als Garanten des Gemeinwohls spielen die Gebietskörperschaften bei der Anerkennung der von der Beitragswirtschaft generierten Gewinne eine herausragende Rolle. Es sind schon viele Initiativen entstanden, und heute geht es hier in erster Linie darum, eine neue Grössenordnung zu erreichen. Im Rahmen von Workshops hat die Zukunftskommission Genf 2050 die von öffentlichen Stellen bisher angestossenen Massnahmen inventarisiert und überlegt, wie sie gestärkt werden könnten, aber auch, wo auf gewisse Positionierungen öffentlicher Akteure besonders geachtet werden muss und wo sie Risiken bergen können.

Gestützt auf die Arbeiten von Prof. Coriat zu der Positionierung öffentlicher Stellen empfiehlt die Kommission, die Dienste des Staates den Bedürfnissen der Transformation anzupassen und die Formen der Bürgerbeteiligung zu überdenken. In Genf wurden schon Neuerungen eingeführt, so beispielsweise bei der Konzeption von Verkehrsinfrastrukturen und Quartiersprojekten. Auch müssen die öffentlichen Stellen als Moderatoren auftreten, als welche sie Bedingungen schaffen, die eine Bifurkation begünstigen. Hier positionieren sich Kanton und Gemeinden schon als Beitragende oder Partner von Initiativen in der

«Aus zivilgesellschaftlichen Initiativen entstandene Dritte Orte können zu Schnittstellen für das staatliche Handeln werden.»

Beitragswirtschaft. Allerdings ist man sich darin einig, dass zwar bestehende Initiativen weiter gestärkt werden müssen, dass aber viele Fragen zu der Ausprägung und den Grenzen einer solchen Unterstützung durch öffentliche Akteure noch offen sind.

Der Umbau der Wirtschaft und die Behandlung der Ressourcen als «Allmende» bringt auch mit sich, dass die deliberative Demokratie gestärkt und die Beziehungen zwischen den (politischen) Mandatsträgern und Mandatsgebern neuert werden müssen.



Gemeingüter

Ressourcen, die der Allgemeinheit gehören



Allmenden

Ressourcen, die einer Gemeinschaft gehören und durch Nutzungsregeln geschützt sind.

76%

sind der Meinung, es gehöre zur Rolle des Staates, die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft zu stärken

Quelle: Befragung GE 2050



Video des Workshops
Definition von Allmenden



Follow-up Notiz
Allmenden und Beitragswirtschaft

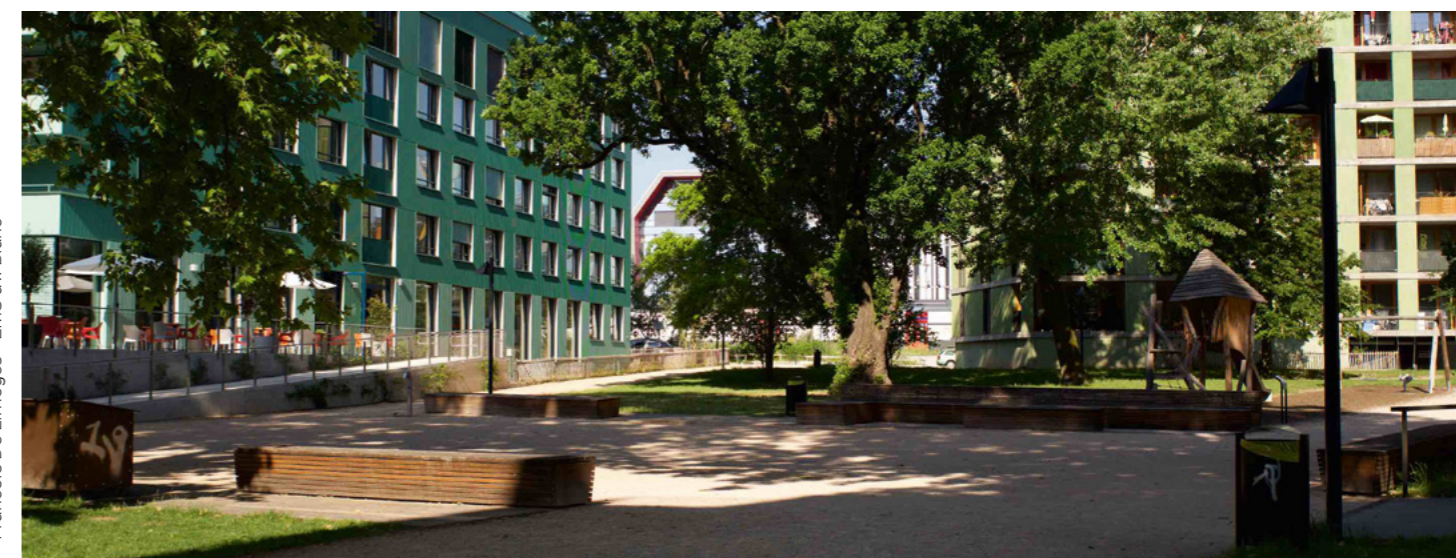


Grundsatznotiz
Allmenden, Klima und Beitragswirtschaft



Perspektivisch

- Den Wert der natürlichen Ressourcen (wieder)entdecken (Luftqualität, offene und natürliche Räume usw.).
- Bedarfe, Grenzen und Nutzungsregeln für diese raumbundenen Allmenden klären.



Im Anschluss an die partizipative Befragung von Genf 2050 im Jahr 2019 beschloss der Regierungsrat, den Prozess fortzuschreiben und unter anderem mit den internationalen Akteuren vor Ort in einen Dialog zu treten, um sie in die Überlegungen über die Zukunft Genfs einzubinden. Bei einem ersten in einer Reihe von Workshops kamen massgebliche Akteure aus den in Genf vertretenen internationalen Organisationen, dem Kanton sowie Partner aus der Zukunftsforschung zusammen, um sich über die Zukunft von Beschäftigung, Bildung und Digitalisierung auszutauschen.

Zur Einführung des Workshops referierte Dr. Jean-Marc Rickli, Direktor für globale Risiken und Resilienz beim Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) über die Bedeutung der Strategischen Vorausschau für eine Organisation. Die strategische Vorausschau gehe weiter als eine Risikoanalyse und werde zum Tool für partizipatives Management und organisatorisches Lernen. Um die zukünftige Ausrichtung der internationalen Governance zu erläutern, wies er drei geopolitische Szenarien für 2030 und analysierte ihre Folgen für Genf.

Anhang dieser Analysen diskutierten im Anschluss drei Arbeitsgruppen (Kanton/Staat, internationale Organisationen, Partner) jeweils in einem vernetzten Austausch über die Zukunft von Arbeit, Bildung und Digitalisierung.

Die Zukunft von Arbeit und Beschäftigung

Mit der Covid-19-Krise kam es zu einer Beschleunigung der Umbrüche in Technologie und Wirtschaft, die grosse Anfälligkeit von Branchen wie Luftverkehr, Geschäftstourismus und Hotellerie wurde plötzlich spür- und sichtbar. Um Beschäftigte in diesen Branchen zu begleiten, richtete der Staat 2020 die Taskforce «Beschäftigungsfähigkeit» ein. Die Gruppe arbeitete eine Reihe von Vorschlägen aus, die vor allem als Denkanstösse zu verstehen sind. So erlaubt es eine Kartierung der bestehenden Kompetenzen, diejenigen von morgen vorzubereiten und dabei beispielsweise die Alterung

der Bevölkerung mit einfließen zu lassen. Auch thematische Austauschforen zwischen dem öffentlichen Sektor und dem internationalen Genf werden angeregt, in einem flexibleren Rahmen als bislang; oder die Entwicklung beruflicher Passerellen zwischen dem so genannten internationalen Genf und dem öffentlichen und privaten Sektor des Kantons. Die Taskforce könnte sich auch eine Förderung von Startups vorstellen, um vor allem auf die Jungen zuzugehen und schon vor einem Studienabschluss Brücken zwischen Ausbildung und Beschäftigung zu schlagen, oder eine gemeinsame Debatte über die Zukunft der Arbeit zwischen den internationalen Organisationen (Internationales Arbeitsamt, Welthandelsorganisation) und Genfer Unternehmen.

Die Zukunft der Bildung

Die Überlegungen der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Bildung gingen vom dreistufigen Schweizer Bildungssystem (Kantone, interkantonale Konferenzen, Bund) sowie von den Prioritäten der Genfer Erziehungsdirektion (DIP) für die laufende Legislaturperiode aus: Kampf gegen den Schulabbruch, Unterstützung der Schwächsten und Entwicklung der digitalen Kompetenzen. Die Arbeitsgruppe hat eine Reihe von Ideen hervorgebracht: Förderung von Werten und Menschenrechten, Gewaltlosigkeit, Ausbildung staatsbürgerlicher Kompetenzen, Veranstaltung eines «internationalen Bildungs-Hackathons».

Denkanstösse, die mit grundsätzlicheren Überlegungen verbunden wurden, zum Beispiel zu der Notwendigkeit, kritisches Denken zu fördern, Resilienz in einer krisenhaften Welt zu stärken, oder Risikoprävention im Bereich digitale Medien und Gesundheit zu lehren.

Die Zukunft der Digitalisierung

Diese Arbeitsgruppe ging für ihre Arbeit von den fünf Stossrichtungen aus, die der Kanton Genf für seine Digitalpolitik festgelegt hat: Online-Verwaltung vereinfachen, digitale Kompetenzen schaffen, das Vertrauen in das Internet stärken, regulieren (vor allem dank dem Gesetz zur Experimentalgesetzgebung, das es versuchsweise erlaubt, zeitlich begrenzte Rechtstexte zu erlassen), und die internationalen Organisationen in Genf als Hub für die globale digitale Governance unterstützen. Dazu könnten laut Arbeitsgruppe die folgenden Ideen vertieft werden: Die 40'000 internationalen Beamten, die in Genf beschäftigt sind, als Versuchslabor für das internationale Genf fruchtbar machen, digitale Kapazitäten zusammenlegen und dadurch Synergien für Anliegen von öffentlichem Interesse gewinnen, Pilotprojekte entwickeln.

Die Vorschläge der drei Arbeitsgruppen müssen noch in spezifischeren Sitzungen verfeinert werden. Hierbei werden die Arbeiten der GESDA-Stiftung (Geneva Science and Diplomacy Anticipation) besonders wertvoll sein. GESDA beschäftigt sich derzeit mit vier massgeblichen Forschungsbereichen und der Schnittstelle zwischen Technologie, Natur- und Humanwissenschaften, die in den nächsten fünf, zehn oder fünfundzwanzig Jahren Fortschritte versprechen: Quantenrevolution und Fortgeschrittene Künstliche Intelligenz, Augmented Humanity, Eco-Regeneration und Geoengineering, und schliesslich Wissenschaft und Diplomatie.

«Strategische Vorausschau geht weiter als Risikoanalyse und wird zum Tool für partizipatives Management und organisatorisches Lernen.»



Digitalisierung

- Online-Verwaltung
- Digitale Kompetenzen
- Regulierung
- Genf als internationalen digitalen Hub fördern



BildungBeschäftigt

- Kampf gegen den Schulabbruch
- Förderung der Menschenrechte
- Digitale Kompetenzen
- Staatsbürgerliche Kompetenzen



Beschäftigung

- Kartierung der Kompetenzen
- Austausch mit dem internationalen Genf
- Berufliche Passerellen
- Zukunft der Arbeit mit dem internationalen Genf



75% möchten, dass die UNO sich in die zukünftige Entwicklung Genfs einbringt

Quelle: Befragung GE 2050



Follow-up Notiz

Foresight-Workshop mit den Akteuren des internationalen Genfs: Wie die Kooperation stärken?



Perspektivisch

- Austausch mit Internationalen Organisationen in Themenworkshops fortsetzen
- Das internationale Genf als Hub für die globale digitale Governance fördern

Palais des Nations in Genf





PERSPEKTIVEN





Realisierung: Jugendrat
Konzept: aXesslab
Fotos: Nicolas Spuhler

Die Zukunft wie die Jugend sie sieht

2019 wurden in Ergänzung zu der breiten Publikumsbefragung fünfzig Schulklassen – fast 1'000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 20 Jahren – anhand eines angepassten Fragebogens befragt, und zwar im Rahmen des Unterrichtsmoduls «ein Monat, ein Recht», eine von der Erziehungsdirektion zum 30. Jahrestag der Kinderrechtskonvention konzipierte Lehrinheit. Im Oktober 2019 stand das Recht auf Teilhabe auf dem Programm. Alle Ergebnisse auf : www.ge.ch/document/22273/annexe/0

Der Jugendrat entwirft das Genf von 2050

Der Genfer Jugendrat (CJGE) ist ein beratendes Gremium aus 20 bis 25 jungen Leuten von 14 bis 21 Jahren, die im Kanton leben und vom Regierungsrat berufen werden. Er repräsentiert die Jugend bei kantonalen und kommunalen Behörden, gibt Stellungnahmen ab, macht Vorschläge und Empfehlungen zuhanden von Politik und Verwaltung, und nimmt an den Arbeiten der Kinder-, Jugend- und Elternschaftskommission teil.

Im April 2022 nahm der CJGE an einem von zwei Mitarbeitern von Axesslab (Yves François, Psychologe und Systemtherapeut, und Jeremy Grivel, Doktor der Neurowissenschaften) moderierten Workshop teil. In vier Gruppen arbeiteten die Mitglieder des Rates anhand von Fotos von zwei Genfer Standorten daran, wie sie im Jahr 2050 aussehen könnten (Schulkomplex Ecole du Mail, Boulevard Carl-Vogt).

Lernen, ein Vorhaben gemeinsam auszuarbeiten und zu vertreten

Mit Filzstift zeichneten die Teilnehmer die Zukunft der beiden Orte auf Transparentpapier und versuchten sich das Leben der beiden Quartiere «im Jahr 2050» im wahrsten Sinne des Wortes auszumalen.

Eine Künstlerin versammelte möglichst viele der verschiedenen Vorschlägen in einem einzigen Bild. Anschliessend projizierte sie die Zeichnungen der Jugendlichen auf die Fotos, um so das Quartier zu zeigen, wie sie es sich für 2050 vorstellen.

Es geht also darum, sich in die Zukunft hineinzudenken, aber auch darum, zusammen etwas zu gestalten und das gemeinsame Projekt dann auch zu vertreten.

Bei dem Schulkomplex schlugen alle vier Gruppen vor, die asphaltierten Flächen teilweise oder ganz durch Grünflächen zu ersetzen (Gemüsegarten, Wald, begrünte Fassaden, Parkanlage mit Teich). Eine Gruppe hob ganz besonders auch die schulischen Inhalte hervor, die den Schwerpunkt auf das Leben im Alltag legen und die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten sollten, die Gesellschaft, in der sie leben, zu verstehen und sich in sie zu integrieren.

Auch für den Boulevard Carl-Vogt wurden Grünräume vorgeschlagen, Gemüseärten (mit der Idee der Selbstversorgung) und begrünte Fassaden. Eine sehr wichtige Rolle spielt die Mobilität; so stellt sich eine der Gruppen eine selbstschwebende Luftseilbahn vor, die rund um die Uhr in Betrieb wäre. Es gäbe in der Strasse keine Fahrzeuge mehr, sondern nur noch Fussgänger und Velos.

Die Workshopteilnehmer plädierten ausserdem für Energieunabhängigkeit, in einem gemeinschaftlich und partizipativ organisierten Quartier.

Jede Gruppe befragte die anderen Gruppen zu bestimmten Aspekten und Konsequenzen ihrer Ideen; die Fotokünstlerin nahm dann diese Vorschläge auf und gestaltete daraus ein Synthesebild.

Zehn globale Indikatoren bilden die grossen Themen von «Genf 2050» ab. Ihre Umsetzung in konkrete Ziele und Massnahmen wird kontinuierlich überwacht, um den Verlauf der grossen Trends im Blick zu behalten. Sie wurden aufgrund von Vorschlägen aller Direktionen und in Abstimmung mit dem kantonalen Amt für Statistik und der kantonalen Fachstelle für nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet. Anhand der Indikatoren können Veränderungen in der Politik nachverfolgt und Planungen angepasst werden.

Die zehn für GE2050 benannten Indikatoren wirken sich auf das gesamte Handeln der öffentlichen Institutionen aus. Ge-setzt sind die folgenden Ziele:

- Entwicklung Richtung CO₂-Neutralität;
- Fortschritt beim Umbau zur 2000-Watt-Gesellschaft;
- Erhöhung des Anteils der Einwohner und Arbeitsplätze, die weniger als 500 m (zu Fuss) bzw. 3300 Meter (per Velo) von der nächsten ÖV-Haltestelle entfernt sind;
- Verkürzung der täglichen Wegzeiten;
- Messung der demografischen Entwicklung;
- Anpassung von Grad und Qualität der Beschäftigung;
- Erhöhung der Quote von Erstabschlüssen auf der Sekundarstufe II;
- Ausbau des Angebots an Online-Dienstleistungen;
- Beobachtung des Anteils der Bevölkerung, der den eigenen Gesundheitszustand als gut bis sehr gut einstuft;
- Evaluation der Entwicklung des Medians der Bruttoeinkommen und des Anteils von Steuerzahlern mit niedrigen Einkommen.

Die Nachverfolgung der genannten Indikatoren wurde ausserdem an die neuen Bevölkerungsberechnungen für den Kanton Genf für den Zeitraum 2021–2050 angepasst (Quelle: kantonales Statistikamt OCSTAT – März 2022).

Wenn ein Migrationssaldo in der gleichen Grössenordnung wie in den letzten dreissig Jahren angenommen wird, ist zu erwarten, dass die Genfer Bevölkerung bis 2050 weiterhin in hohem Tempo wächst. Und auch wenn der Umfang dieses Zuwachses ungewiss ist, so bleibt doch praktisch sicher, dass sich die Alterung der Bevölkerung rasant beschleunigen wird.

Bis 2050 wird mit 72'000 bis 151'000 zusätzlichen Einwohnern gerechnet (das entspricht einer Zunahme um 14-30% zwischen 2020 und 2050).

Das demografische Wachstum im Kanton Genf wird dabei massgeblich von der Zuwanderung abhängen. Da die Neuzuzüger in der Regel eher jung sind, leisten sie einen Beitrag zur Verjüngung der Bevölkerung und zur Erhöhung der Fertilität.

Unter der Annahme, dass keine Mortalitätskrise von weit stärkerem Ausmass als die durch die Covid-19-Pandemie verursachte Sterbewelle eintritt, wird sich die Zahl der im Kanton lebenden Personen im «vierten Lebensalter» bis 2050 verdoppeln.

Der Bedarf an altersbedingten Leistungen und Strukturen wie altersgerechte Wohnungen und medizinisch-soziale oder pflegerische Versorgung wird daher massiv ansteigen. Als weitere unvermeidbare Folge des Alterns könnte der starke Anstieg der Sterbefälle eine weitere Anpassung von Infrastrukturen erfordern.

Auch die anhaltend starke Zuwanderung der vergangenen zwanzig Jahre wird die Genfer Bevölkerungsstruktur der kommenden Jahre prägen. Der Zuzug vieler junger Erwachsener – mit und ohne Kinder – seit Beginn der 2000er Jahre hat sich positiv auf die Zahl der gebärfähigen Frauen und damit der Geburten ausgewirkt.

Auch bei einem zukünftig niedrigeren Migrationssaldo werden die vielen Zuzüger der letzten Jahre dafür sorgen, dass die Zahl der gebärfähigen Frauen auf einem ähnlichen Niveau wie heute verharrt und dank einem Anstieg der Geburten zwischen 2003 und 2016 auch nach 2030 nicht abnehmen wird.

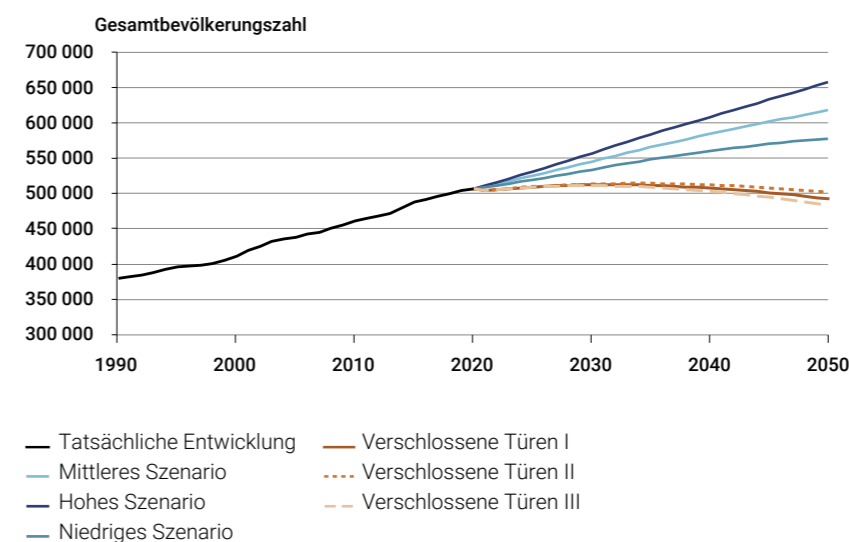
Damit ist es wahrscheinlich, dass die Zahl der Geburten pro Jahr bis 2050 nicht wesentlich unter das heutige Niveau sinken und entsprechend die Nachfrage nach Betreuungsplätzen auch nicht zurückgehen wird.



Perspektivisch

- Die Entwicklung der Bedarfe antizipieren (für die politischen Handlungsbereiche), unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bis 2050.
- Follow-up und Umsetzung der Indikatoren sicherstellen

Wohnbevölkerung nach Szenarien, 1990–2050



Quelle: STATVD/OCSTAT – kantonale Bevölkerungsstatistik

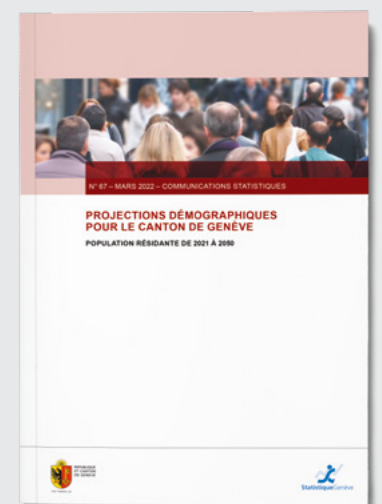
Acht grosse Themen

Dieses gemeinsame Projekt der kantonalen Fachstelle für nachhaltige Entwicklung und des kantonalen Amtes für Statistik ist eine Ergänzung zu den zehn Indikatoren von Genf 2050. Es dient der Zielkontrolle und dem Follow-up der 7 strategischen Achsen des kantonalen Konzepts für nachhaltige Entwicklung und wird damit zur Bestandsaufnahme in Sachen Nachhaltigkeit für den Kanton Genf. So können Fortschritte und allfällige Rückschläge der letzten Jahre registriert werden. Die ersten Ergebnisse sollen noch vor Ende 2022 veröffentlicht werden.

- Produktions- und Konsumformen
- Raumentwicklung
- Klimawandel
- Natürliche Ressourcen
- Wirtschafts- und Finanzsystem
- Bildung und Innovation
- Sozialer Zusammenhalt
- Bevölkerungsgesundheit



Statistische Mitteilung
Nr. 67 – März 2022
OCSTAT
Demografische Hochrechnungen für den Kanton Genf (Wohnbevölkerung 2021-2050)



In allen Politikfeldern ändert sich das Handeln ständig und fließend, und so müssen sich auch die Mittel der Analyse anpassen.

«Unsere Gesellschaften brauchen Systeme der politischen Führung und Handlungsmöglichkeiten, die auf der Höhe der Komplexität und der Herausforderungen sind, mit eingebauter Flexibilität, um auf dieser Höhe zu bleiben. Die öffentlich-staatlichen Systeme müssen den Gesellschaften jederzeit mindestens drei Dinge garantieren: Leistungserbringung, Krisenmanagement, Innovationsfähigkeit. Die Politik muss diese drei Anforderungen gleichzeitig erfüllen.» Die Feststellung stammt von Geert Bouckaert, Spezialist für öffentliche Verwaltung, und richtet sich an Forscher, Entscheidungsträger und alle Akteure, die in die Gestaltung und Analyse öffentlicher Politik eingebunden sind. (Quelle: *International Observatory on the Societal Impacts of AI and Digital Technology*)

Um die Grundlagen für künftige Programmatiken vorzudenken und vorzubereiten, stützt sich der Foresight-Prozess des Kantons Genf auf eine verstärkte Tätigkeit im Bereich der Beobachtung (Follow-up) und der Vorausschau im Dienste des öffentlichen Handelns. Gleichzeitig fließen diese Arbeiten jetzt schon in die Aktualisierung von Planungsdokumenten ein, um die Strategien den mittel- und langfristigen Herausforderungen für die Region anzupassen. Kurz, es geht darum, wie es auch der Regierungsrat im Vorwort schreibt, «eine ungewissere Gegenwart einer weniger vorhersehbaren Zukunft gegenüberzustellen.»

Ganz im Sinne der vom Regierungsrat angenommenen Roadmap sind die Arbeiten der Kommission entlang der drei nachstehend ausgeführten Stossrichtungen ausgerichtet. Die aufgeführten Achsen, Denkanstösse und Massnahmen werden in der Folge in die Arbeiten der Kommission Genf 2050 einfließen.

1. Achse Verwaltung

Schon heute sind alle Direktionen mit dem Foresight-Prozess Genf 2050 befasst. Die derzeitigen Planungsunterlagen des Kantons gelten für den Zeitraum bis 2030, im Bereich der Infrastrukturentwicklung gemäss den Anforderungen des Bundes

noch darüber hinaus. Die Genfer Verwaltung macht sich die Anwendung der strategischen Vorausschau in schnellem Tempo zu eigen und setzt sie vor allem im Hinblick auf Kohärenz und Komplementarität der Planungsunterlagen ein. In einem zunehmend komplexen und von Ungewissheiten geprägten Umfeld ist es besonders geboten, dass die Verwaltung sorgfältig auf eine wirkungsvolle und der Allgemeinheit dienende Überwachung achtet.

Die weiteren Arbeiten werden sich an den folgenden Zielen orientieren:

Fortsetzung der strategischen Beobachtung des Foresight-Prozesses mit Blick auf alle Politikbereiche, um die wichtigen langfristigen Themen für die Region zu erkennen. Follow-up der Vorgaben und Leitlinien dieses Berichts «Foresight und Umsetzung» in den verschiedenen Bereichen des politischen Handelns.

Die Kohärenz der Planungsunterlagen mit dem Foresight-Prozess beachten, namentlich im Hinblick auf die langfristige Raumentwicklung, und insgesamt die Vereinfachung dieser Unterlagen vorantreiben.

Aktualisierung der Daten zu den Indikatoren gewährleisten.

2. Achse Partizipation

Der Prozess Genf 2050 begann mit einer breit abgestützten Befragung der Genfer Bevölkerung, die im November 2020 zu einem ersten Ergebnisbericht führte. Seither engagieren sich Regierungsrat und Direktionen in vielfältigen Initiativen dafür, das Genf von morgen gemeinsam mit der Bevölkerung zu gestalten. Der Projektraum «3DD» ist das perfekte Beispiel dafür, was Austausch und Absprache bringen können – bei der Projektgestaltung wie beim Erfahrungs- und Kompetenzaustausch. Das Bürgerforum, dessen Mitglieder im Losverfahren ausgewählt wurden, hat schon mehr als hundert Vorschläge zur nachhaltigen Entwicklung formuliert; sie alle wurden oder werden von den zuständigen Verwaltungsstellen des Kantons analysiert und adäquat umgesetzt. Zu den grossen Raumplanungsprojekten werden die betroffenen Akteure und die Bevölkerung umfassend konsultiert. Zusätzlich möchte die

Kantonsverwaltung der Idee von der strategischen Vorausschau Geltung verschaffen und für den Einsatz von Foresight-Prozessen werben.

Die weiteren Arbeiten werden sich an den folgenden Zielen orientieren:

- Weitere Teilnahme an regionalen Veranstaltungen (Präsentation des Prozesses an der grossen Genfer Herbstmesse *Automnales*, an den *Assises européennes de la transition énergétique* und am Festival *EXPLORE*, dadurch Öffnung für Partner und Bevölkerung).
- Foresight als Prozess über verschiedene Massnahmen und Anlässe für verwaltungseigene und externe Akteure bekannt machen und fördern.
- Partnerschaften mit ähnlichen Prozessen in der Schweiz und darüber hinaus aufbauen.
- Auf dem Projekt *Genève en transition* aufbauen.
- Die Partnerschaften mit den internationalen Organisationen in Genf fortsetzen.
- Die Leistungen des Service public gemeinsam mit den Bürgern gestalten, Kapazitäten für die Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Bürgern ausbauen (Vereinfachung der Abläufe, Verbesserung der Beweglichkeit...).
- Den *3DD* als Ort des Dialogs für partizipative Prozesse in Wert setzen. Hier wird Ideenaustausch fruchtbar gemacht, werden Massnahmen und Ressourcen für gemeinsames Handeln zusammengeführt. Der *3DD* entsteht dank und mit seinen Nutzern!
- Alle im öffentlichen Dienst Tätigen in ihrer Aus- und Fortbildung so begleiten, dass sie neue Kompetenzen im Umgang mit den Bürgern entwickeln (Erbringung öffentlicher Leistungen verbessern, Mentalitäten verändern).

3. Achse neue Themenfelder

Die Einrichtung einer Zukunftskommission Genf 2050 ist ein ganz entscheidender Schritt zur Erkennung neuer Themenfelder. Neue Berufe, neue Praktiken, neue Wirtschaftstrends, Bürgerengagement – zu diesen Themen sind die Denkprozesse schon angestossen und erste Lösungsansätze formuliert. Mit der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine wird diese Arbeit noch wichtiger, da die erdachten und untersuchten Szenarien um neue, konkrete, aktuelle Fakten ergänzt werden müssen. Mehr denn je gehören damit Exploration und Antizipation zu den massgeblichen Instrumenten moderner Regierungsführung.

Die weiteren Arbeiten werden sich an den folgenden Zielen orientieren:

Auf die Berufe von morgen vorbereiten und eine widerstandsfähige, nachhaltige und prosperierende Wirtschaft stärken

- Die Auswirkungen der mit dem ökologischen Umbau entstehenden neuen Berufe auf die lokale Wirtschaft prüfen (Relokalisierung von Tätigkeiten).
- Kurze Lieferketten aufwerten und die Chancen einer CO₂-freien Kreislaufwirtschaft nutzen.
- Die junge Generation in den neuen Berufen ausbilden, die einen Übergang zur CO₂-freien Kreislaufwirtschaft ermöglichen, Beschäftigungsfähigkeit stärken.
- Die Hebelwirkungen erkennen, über die eine verantwortungsbewusste Digitalisierung der Wirtschaft begünstigt werden kann.
- Die neuen Mittel definieren, mit denen der Wohlstand in Genf für die Zukunft erhalten werden kann.
- Die Rahmenbedingungen, neuen Einrichtungen, Strukturen und neuen Finanzquellen erarbeiten, die diese Entwicklungen tragen können.
- Welches Steuersystem erhält den Wohlstand und finanziert die Politik der ökologischen Transformation?

Lebensqualität erhalten : Gesundheit, sozialer Zusammenhalt, Verhalten ändern

- Den Begriff der Gesundheit weiter fassen, nicht nur mit dem Blick auf das Alter oder die Corona-Pandemie, sondern die Perspektive wechseln: Von der Pathogenese zur Salutogenese, d.h. hin zu gesundheitsfördernden, umwelt- und ernährungsbewussten Verhaltensweisen.
- Diese Aspekte in eine Politik der Aufklärung und Sensibilisierung einfließen lassen, um Verhaltensänderungen zu bewirken, die sich an dem Begriff der «One Health» (WHO) orientieren.
- Den Einwohnern die Mittel an die Hand geben, um länger gesund zu leben.
- Neue Mittel und Wege finden, um die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken.
- Resilienz als Werkzeug politischen Handelns verstehen. Die aktuelle Lage, die von den Gesellschaften generell als bedrohlich empfunden wird, lässt die Frage der Widerstandsfähigkeit



immer wichtiger werden. Das bringt neue Herangehensweisen im Hinblick auf Verständnis und Management mit sich, und erfordert neue Instrumente.

Teilhabe neu denken / Vorreiterrolle des Staates stärken

Die Formen und Muster der Regierungsführung weiterentwickeln und dabei Bürgerräten und wissenschaftlichen Erkenntnissen mehr Platz einräumen.

Die erwünschte Entwicklung der Beziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen – Kanton, Gemeinden, Region, Bund – formulieren.

Die Vorreiterrolle des Staates stärken und Talente gewinnen (digitaler, ökologischer und demografischer Umbau haben Folgen für die Kompetenzen/Ausbildungen).

Die Arbeitsweise des grössten Arbeitgebers im Kanton anpassen: Welche Governance braucht die öffentliche Verwaltung im Jahr 2050? Synergien mit dem Programm «travailler autrement» (anders arbeiten) des Regierungsrates erkennen und nutzen.

Die Kompetenzen möglichst nahe an den Bedarfen entwickeln, Einstellung von Personen mit echten Entwicklungs-, Lern- und Wandlungsfähigkeiten bzw. von Personen, die für verschiedene Berufe ausgebildet werden können.

Den Staat als Vorbild und Vorreiter voranbringen und damit für wertorientierte junge Menschen attraktiv machen.

- Öffentlichkeitsrelevantes Know-how (Betreuung, Ausbildung, Beratung) in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden und Vereinen rationalisieren und entwickeln, um alle Einrichtungen und Angebote des Service Public optimal aufzustellen.
- Die Demokratie von morgen ersinnen: Die neuen Formen und Möglichkeiten der Partizipation, der Freiheit, aber auch der Qualität in Information und Medien, der Erkennung von Fake News, usw.
- Schule und Ausbildung : Welche Struktur (öffentliche Schule, private Schule, Homeschooling), welche Beweglichkeit braucht es in einer sich schnell verändernden Welt? Nicht zu vergessen die Berufe der Zukunft – welche Fortbildung, wie lang? Ist das heutige Modell noch geeignet, welche Umwälzungen können Fernunterricht oder Fernausbildung bringen?
- Bevölkerung und Migration : Die Genfer verlassen Genf, andere kommen nach; wie ist eine bessere demokratische Teilhabe von Ausländern vorstellbar?

Anders essen, wohnen, sich fortbewegen

- Entschleunigen, Tempo zurückfahren, die Viertelstundenstadt erleben... Resilienz braucht Zeit, berechnungslose Zeit... Das könnte auch der Gesundheit zugute kommen (s. Pandemie) – wird es Genf Wohlstand bringen?
- Die internationale Logistik umfassender denken (Lebensmittelversorgung, Energie, Lager und Vertrieb lebensnotwendiger Konsumgüter). Die aus dem Krieg in der Ukraine erwachsene Energiekrise hätte besser antizipiert werden können.
- Fortbewegung verändern ohne Aktivitäten einzuschränken und dabei gesundheitsfördernd unterwegs sein: Nachdenken über die «Einwohner-innen» von morgen, in einem möglichst inklusiven Denkprozess.
- Die Zukunft der Flughafenplattform neu denken – zwischen Vorgaben des Bundes und Raumentwicklung (welche Richtung – welche Funktionen, welche neue Koexistenz mit dem territorialen Raum?).
- Die Verknappung der Ressourcen vorausdenken (Wasser, Landwirtschaft, Ernährung, Energie...) und langfristige Strategien ausarbeiten.

Denkprozess regional und landesweit fortführen und vertiefen

- Die entscheidenden Akteure der Raumplanung und die mit der strategischen Voraussicht befassten politischen Instanzen müssen sich besser vernetzen, um Hebel für eine wirkungsvollere Zusammenarbeit zu erkennen, Know-how effizienter weiterzugeben und neue Tools zu entwickeln, die die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen und damit eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. So müssen das Genfer Rauminformationssystem (SITG *Système d'information du Territoire à Genève*) und dessen Service besser bekannt gemacht werden.
- Mit denjenigen Partnern des Genfer Ökosystems zusammenarbeiten und mitgestalten, die Foresight und Innovation zu ihrer Arbeitsgrundlage machen. Technologische Umbrüche, demografisches Wachstum, Gesundheitskrise, Klimakrise und gesellschaftliche Entwicklungen führen dazu, dass Kompetenzen und Fachwissen schnell überholt sind. Angesichts der dadurch entstehenden Ängste vor beruflichem und privatem Abstieg, vor Folgen für die Beschäftigung in den Unternehmen, muss diesen Herausforderungen begegnet werden.
- Partner aus dem Bereich der Smart City in die Gestaltung von Projekten einbinden, die die Stadt ins Zentrum des ökologischen Umbaus stellen. Um Wohnsubstanz zu erhalten und die Folgen der Urbanisierung beherrschbar zu machen, sind Lösungen zu fördern, die einen gut durchdachten Einsatz von Technologie vorsehen; diese muss im Dienste eines öffentlichen Raumes stehen, der resilient und offen für alle ist, und in Richtung CO₂-Neutralität strebt.

Das Kollegium der Generalsekretäre des Kantons ist für die Steuerung des Prozesses Genf 2050 zuständig. Es validiert die von der Kommission vorgeschlagenen strategischen Stossrichtungen und die jeweiligen Jahres- bzw. Zwischenberichte, die anschliessend dem Regierungsrat zur Prüfung vorgelegt werden.

In der Kommission sind alle sieben Direktionen vertreten (Infrastruktur, Raumentwicklung, Soziale Teilhabe, Finanzen, Erziehung, Wirtschaftsentwicklung, Sicherheit Beschäftigung und Gesundheit). Die Direktionen für Infrastruktur (DI) und für Raumentwicklung (DT) leiten gemeinsam federführend den Prozess.

Der Regierungsrat dankt allen, die zu diesem Projekt beitragen: Den Partnern aus den Institutionen, aus Hochschule und Forschung, aus Vereinen und Verbänden, Privatpersonen und Auftragnehmern, die diesen Prozess erst möglich machen.

**Alle detaillierten Resultate sind
online abrufbar.**

Das Projekt mitverfolgen

-  **2050.ge.ch**
-  **Genève 2050**